

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen.

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbindere) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanting in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreigeschaltete Seite oder deren Raum 15 A. — Portakatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Arbeitslosigkeit und Notstand. Das alte Leid. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Reichstagverhandlungen über die Arbeiterlaofaktion. Über die Revision der Apotheker-Rechnungen und deren Folgen. Der Wohlfundtag in England. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und die Haltung der Behörden. Zur Lage der norddeutschen Steinarbeiter. — Situationsbericht. Eingeladet. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefe.

gleichbedeutend mit einer beständigen Entwertung der Arbeitskraft der auf die Lohnarbeit angewiesenen Massen.

Die Vertreter und Vertheidiger der kapitalistischen Ausbeutungsinteressen haben sich nicht entblödet, den geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Zustand, in welchem die große Mehrzahl mit ihren Menschenwürde, ihrem Menschenrecht, ihrem Lebensglück, ihrer Kraft und Gesundheit die Profitsucht einer kleinen Minderheit bezahlt muß, als einen „ganz naturngemäßen“ und „unabänderlichen“ hinzustellen. Der demokratische Sozialismus, welcher die Natur und den Zusammenhang der wirtschaftlichen Faktoren und Erscheinungen erkennt, hat dieses elende, läugnerische Märchen zerstört und den Nachweis erbracht, daß das Recht der Arbeit unvereinbar ist mit dem Kapitalismus, daß dieser, bzw. die kapitalistische Produktion befeitigt werden muß, wenn jenes Recht praktische Geltung in der Gesellschaft gewinnen soll.

So lange der Kapitalismus herrscht, wird es nicht möglich sein, der Arbeitslosigkeit und dem Notstande der arbeitenden Massen ein Ende zu machen. Diese Massen befinden sich stets in einem Notstande, auch dann, wenn sie Arbeit haben; es sind durchweg Hungerlöhne, die ihnen für ihre Leistungen gezahlt werden. Wohl aber läßt die Arbeitslosigkeit und das Massenleid durch geeignete Maßnahmen sich einigermaßen mildern; die bürgerliche Gesellschaft und deren öffentliche Gewalten haben die Möglichkeit, zu Gunsten der Arbeiter Manches zu thun. Sie baran zu machen, das war der Zweck der Notstand-Interpellation, welche, wie vor einem Jahre, so auch jetzt wieder, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage eingebracht hatte und die in den Sitzungen vom 22. und 23. Januar zur Verhandlung gelangte. Dieselbe lautete:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergriffen, um dem notorisch vorhandenen Notstande entgegenzuwirken, welcher infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgelommener Herausbekanntung der Arbeitslosigkeit, sowie der allgemein geprägten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht?“

Im vorigen Jahre hatten die Vertreter der Regierung im Reichstage gegenüber der gleichlautenden Interpellation erklärt: es bestehe nirgends im ganzen Reich ein Notstand, der die Reichsregierung zu einem Einschreiten veranlassen könne.

Dieselbe Erklärung wurde auch jetzt wieder abgegeben; ja, der Staatssekretär Herr v. Voitlicher verließ sich zu dem üblichen Versuche, „nachzuweisen“ zu wollen, daß vielfach Mangel an Arbeitskräften herrsche. Offenbar war der Herr bestrebt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im deutschen Reich in einem möglichst rostigen Lichte erscheinen zu lassen. Wie kann man von der Reichsregierung erwarten, daß in demselben Augenblick, wo sie bemüht ist, für die Zwecke des nimmermehr Militarismus dem Volke, in erster Linie den arbeitenden Massen, neue, ungeheure Lasten an indirekten Steuern aufzulegen, daß in diesem selben Augenblick sie das Vorhandensein eines allgemeinen Notstandes zugeben sollte? Thäte sie das, so würde sie damit ja die ganze Ungeheuerlichkeit des Unrechtes, das ihre Steuerprojekte charakterisiert, selbst zugeben und sich sie den Mangel ausreichender Vertrautheit der Bevölkerung dieser Projekte unmöglich machen.

Unter bieitem Gesichtspunkte muß die Thatsache begriffen werden, daß der Kapitalismus beständig und in stets steigendem Maße hemmt ist, die Fortschritte der Technik auf allen Gebieten sich dienstbar, durch Verbesserung und Verallgemeinerung der Produktion mit Maschinen immer mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen. Das ist

Also wird, den offenkundigen Thatsachen entgegen, ohne Rücksicht auf die schlagende Beweisführung der sozialdemokratischen Abgeordneten, der allgemeine Notstand gelegnet! Die meisten Redner der sogenannten „ordnungsparteilichen“ Fraktionen haben in den Reichstagverhandlungen vom 22. und 23. Januar den Standpunkt der Regierung vertheidigt gehalten. So besonders der „König Stumm“, der sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, wieder einmal in seiner bekannten Manier gegen die Sozialdemokratie zu wettern und deren „Unterdrückung mit allen Mitteln“ zu fordern.

Die zweitägigen parlamentarischen Verhandlungen haben aufs Neue den Beweis erbracht, daß Regierung und herrschende Parteien unfähig sind, mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen und daß sie keine Neigung haben, zu einer ernsten und erfolgreichen Notstands-Aktion die Hand zu bieten.

Was sich ihm löst? Nun, das ist den Herren in ausgiebigster Weise dargelegt worden. Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten aller Art; Vermehrung des Arbeitspersonals in staatlichen und kommunalen Betrieben; wirtschaftliche und soziale Reformen; wirtschaftliche Arbeitsschutzgesetze; die die Tendenzen haben, der Ausbeutungswut und Profitgier des Kapitalismus Schranken zu setzen; so insbesondere die Einführung des Achtfunderttages, wie sie jetzt in englischen Staatswerstätten vor sich geht; ferner die Inangriffnahme der internationalen Arbeitsgesetzgebung, — das sind die Mittel, die als geeignet erachtet werden müssen, eine Milbung der Arbeitslosigkeit und des Massenleids zu bewirken.

Aber die öffentlichen Gewalten und die herrschenden Parteien wollen nicht diese Mittel ergreifen. Sie fürchten nicht nur die Bloßstellung des von ihnen vertretenen Systems, sondern auch die Konsequenzen derartiger wirtschaftlicher Reformen. Und damit befinden sie ihre innere Schwäche, ihren Standpunkt des Klassens und Privilegien-Interesses, von dem sie nicht absieben wollen.

Gut! Ihr Widerstand gegen die Macht der Thatsachen wird nur die Wirkung haben, den Zusammenschluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen. Über die Früchte dieses Widerstandes wird demal ein die Weltgeschichte Rechenschaft ablegen!

Das alte Lied.

Obwohl von allen Berufsgenossenschaften, mit Ausnahme einer einzigen, Unfallversicherungsvorschriften erlassen worden sind, hat doch die Zahl der Unfälle in so außerordentlicher Weise zugenommen, daß sich vor einiger Zeit das Reichsversicherungsamt veranlaßt sah, die Vorstände der Berufsgenossenschaften zu Berichten und Meinungsausschauungen über dieses Ergebnis aufzufordern. Da hat dann die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft einen Bericht erstattet, der durch tendenziöse Gehässigkeit wider die Arbeiter sich auszeichnet.

Bekanntlich glaubte das Reichsversicherungsamt einen Grund der Zunahme der Unfälle zum Theil auf den Umstand zurückzuführen zu sollen, daß die Arbeiter wegen mangelnder Kenntnis des Unfallversicherungsgesetzes in den ersten Jahren des Bestehens der Berufsgenossenschaften die Anmeldung der Unfälle unterlassen hätten, während in neuerer Zeit auch über geringfügigere Verletzungen Unfallanzeigen erktattet würden. Die Holzberufsgenossenschaft bemerkte nun hierzu, daß die Steuerprojekte charakterisiert, selbst zugeben und sich sie den Mangel ausreichender Vertrautheit der Bevölkerung dieser Projekte unmöglich machen. leisten mit den einschlägigen Bestimmungen allerdings

nicht beobachtet, leider aber wiederholt festgestellt habe, wie Hand in Hand mit dieser Vertrautheit ein großes Maß von Unbedecktheit und Taktlosigkeit der Verleihen gehe, seien sie nun aus städtischen oder ländlichen Bezirken. Die wohlwollendste Behandlung ihrer Ansprüche werde mit Schiedsgerichtsandrohung usw. gelohnt. Früher habe die Genossenschaft bei nothwendiger Rentenminderung stets ein Einverständnis mit den Verleihen zu erzielen und Schiedsgerichtsproesse zu vermeiden gesucht, das geringe Verständnis hierfür bei den Arbeitern und das Verhalten derselben überhaupt lasse aber — von Einzelfällen abgesehen — dieses Verfahren jetzt als unüblich erscheinen. Mit Geist oder sogar mit Rechtsentscheidungen des Reichsversicherungsamtes seien die sog. „zielbewussten“ Arbeiter in der Regel ausgerüstet; man brauche wenig oder garnicht mündlich mit ihnen zu verhandeln, sie glauben nicht, daß man es gut mit ihnen meine und seien werde man mit verantwortigen Leuten fertig, ohne daß sie irgend eine kostbare Bemerkung auf das Kapital fallen lassen. Hartnäckig werde darauf hingewirkt, aus der geringfügigsten Verleihung Rente herauszuschlagen, wenn auch von einem Schaden oder einer Lohnneinbuße keine Rente sein würde. Daz die Empfänger kleinerer Renten es nicht der Währung wert halten, dieselben monatlich zu haben, sei bekannt. Dagegen hängt die Vermehrung der Unfälle, namentlich der leichteren, wohl auch mit dem sicheren Bewußtsein der Arbeiter zusammen, für alle, auch die durch große Fahrlässigkeit herbeigeführten, entschädigt zu werden. Dieses Bewußtsein mache die Leute vertrauensselig und unachtsam. Die allenfalls hiergegen von den Berufsgenossenschaften beantragten, nur sehr geringen Geldstrafen würden häufig von den Behörden überdies nicht oder doch mit noch geringeren Verträgen zur Ausführung gebracht. Unzweifelhaft habe die Industrie die vermehrte Zahl der Unfälle aber auch den im Allgemeinen für die Arbeiter so herauswohlwollenden Rechtsprechung der Schiedsgerichte und heilweise auch des Reichsversicherungsamtes zu verdanken. Die Kostenlosigkeit des Verfahrens in allen Fällen, die Art der Rechtsbelehrung zur Erhebung der Klage, welche fast einer Weisung hierzu gleichkommt, die Bezahlung der Reisekosten machen es erfärlich, daß die geringfügigste Verleihung zu einem entschädigungsreichlichen Schaden aufzusicht werden. So lange nicht vom Reichsversicherungamt und den Schiedsgerichten die Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften bei den Urvilehen mit in Betracht gezogen werde, sei eine Abnahme, namentlich der leichteren Unfälle, kaum zu erwarten. Die Gunst der derselben mit vorübergehenden Folgen erlässt die obengenannte Berufsgenossenschaft aus dem Umstande, daß die Arbeiter jetzt den Verleihen nach Ablauf der dreizehnten Woche häufig noch Schonung zuerkannt wissen wollen, während früher die Arbeiter sobald als möglich zum Verdienste kommen mußten.

So der Bericht der „wohlwollenden“ Berufsgenossenschaft. Wir sind überzeugt, daß die Berichte der übrigen Berufsgenossenschaften ganz in demselben Sinne und Tone gehalten sind.

Was wir da erfahren ist ja nicht neu. Seit Anbeginn des Bestehens der Unfallversicherung haben die Organe der Berufsgenossenschaften sich bewährt als Vertreter des Unternehmers-Geldsads, indem sie die versicherten Arbeiter verleumdeten als unehliche, habhaftige, leichtsinnige Menschen. Wir haben früher schon oft detaillierte Neuerungen unserer Leser mitgeteilt. „Die Arbeiter selbst tragen die Schulden an den meisten Unfällen,“ das ist die elende Lüge, die das Unternehmertum immer wieder aufs Neue gebraucht, um seine eigenen Begehrungs- und Unterlassungsfürden zu bannen und sich als Ausgeführt alles „Wohlwollenden“ gegen die Arbeiter hinzustellen.

So oft diese Lüge und Heuchelei sich breit macht, ist die Arbeiterpresse verpflichtet, sie in das rechte Licht zu stellen.

Nicht nur „sozialdemokratische Heiter“, sondern auch ehrliche Vertreter der bürgerlichen Richtung haben oft genug den Nachweis geführt, daß die Unfallgefahr im ganzen kapitalistischen System begründet ist. Gewiß, es kommt vor, daß Arbeiter durch Leichtsinn und Fahrlässigkeit sich zu Unfall bringen. Aber solcher Fälle sind im Verhältnis verschwindend wenige gegenüber der Masse derjenigen, die durchaus und lediglich auf Rechnung des Kapitalismus zu sehen sind. Der versucht, aus der Arbeitskraft möglichst viel herauszupressen; die Arbeiter werden förmlich angestrieben zur äußersten Leistung; sie sind um des kleinen Brotes willen gezwungen, die nothige Vorsicht außer Acht zu lassen. Viele werden gleichgültig gegen die ihnen stets drohenden Gefahren

Übermäßige Anstrengung, Erschöpfung bewirkt Erfahrungsgemäß zahlreiche Unfälle. Auch die Thatjache, daß Unternehmer oft völlig ungeeignete Personen zu gefährlichen Arbeiten verwenden, unerfahrene oder schwächliche Personen, bleibt als Unfallursache zu berücksichtigen. Kurz, das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem ist verantwortlich zu machen dafür, daß jährlich so viele Tausende von Arbeitern, Gesundheit oder Leben einzubüßen.

Mit rückichtslosestem Raffinement sind die Berufsgenossenschaften stets bemüht gewesen, zu verbünden, daß der verletzte Arbeiter, bzw. daß die Hinterbliebenen des getöteten Arbeiters, die ihnen geschickt zufallende Rente erhalten. Mit Hilfe ihrer „Vertrauensärzte“ haben sie ein schändbares System der Übervorteilung der Renten bezugsberechtigten eingeführt, so insbesondere es unternommen, diese Leute durch Verzögerung der Entscheidung, durch alle möglichen Chikanen und Kniffe müßte zu machen, um sie möglichst billig abzufinden. Viele hunderte, ja tausende von Fällen dieser Art sind aus den Akten des Reichsversicherungsamtes nachweisbar. Die Berufsgenossenschaften sind es, deren Praxis dem Reichsversicherungsamte so viele Arbeit ausarbeitet. Wenn dann die Arbeiter es nicht sich wollen gesellen lassen, über's Ohr gehauen zu werden, dann nennt man sie „unbeschreiten“ und „faktlos“. Und gejammt wird darüber, daß die „zielbewussten“, d. h. die sozialdemokratischen Arbeiter sich kein A für ein U machen lassen, daß sie ausgerüstet mit Kenntnis des Gesetzes und der Rechtsprechung, sich von den berufsgenossenschaftlichen Organen nicht benachtheiligen lassen. Schrecklich! Es ist „empörend“ und ganz unvereinbar mit der heiligen kapitalistischen Ordnung, daß Arbeiter es wagen können, mindestens ebenso gefordert zu sein wie die Herren Unternehmer und ihre Bedienten.

Wir wissen nicht, ist die Niederträchtigkeit der Gesinnung oder die Dummköpfe größer, die in der Behauptung steht, daß die sichere Aussicht auf Entschädigung die Arbeiter „vertrauensselig und unachtsam“ mache?! Damit soll gesagt sein, was Unternehmer-Organen ja schon so oft offen heraus erklärt haben, daß der Arbeiter geradezu auf eine Entschädigungslinte spekuliert.

Wenn schließlich aus dem Umstande, daß die Arzte den Verleihen häufig nach Ablauf der 13 Wochen noch Schonung zuerlauben, Kapital im Unternehmer-Interesse geschlagen werden soll, so ist dieser tendenziöse Unzug alles Übrigen würdig. Darüber aber, daß die Krankenhäuser der Arbeiter die Hauptlasten der Unfallversicherung für alle Unfälle mit Erwerbsunsfähigkeit bis zu 13 Wochen zu tragen haben, verliest keine Berufsgenossenschaft ein Wort.

Und einer bis dahin gewährten Rente angeordnet wird. Anders steht es mit der Belagerung der Verleihen, sich in Krankenhausbehandlung zu begeben oder sich ärztlich untersuchen zu lassen. Eine solche Belagerung zieht nach Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes allerdings die Entfernung oder Ränderung der Rente nach sich.

Eine beständige Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft hat befähigt die Entwicklung der Technik im Gefolge. In welchem Maße das der Fall, dafür bietet eine fürstlich erhabene Schrift (Labour Saving Machinery by James Samuelson, London, Kegan, Paul & Comp.) u. a. folgende Beispiele:

Die zehnelpferige Wäschmaschine verrichtet die Arbeit von 9 Männern mit Handen. Ein von 5 Männern bedienter Patentbinden leistet so viel wie 24 Männer. Aber das ist nur Spielder im Vergleich zu der Arbeitsleistung der großen landwirtschaftlichen Maschinen, wie sie in Amerika den Riesenfarmen gebraucht werden; der amerikanische Pflanzschiff Cittimton erreicht die Leistung vier solcher Ungeheuer von dem Wagen des Getreides bis zum Ausbrechen und Aufspalten des Kornes als gleichwertig der Arbeit von tausend Menschen. Die großen in den Werft-Docks aufgestellten Gitter-elevatoren verrichten mit 5 Mann dasselbe wie vordem 36.

Bei einer Erfindung die andere erzeugt, zeigt Folgendes: Vor kurzer Zeit wurde in England eine Dampfdruckmaschine erfindet, die Getreide aus dem Kielraum eines Schiffes vermittelst einer Art Peile an die Oberfläche hinauswarf. Diese Erfindung war sehr gut, aber für den nach Prost Lämmers Kapitalismus sehr schlecht, da das Getreide ohne den anhöhlenden Schmutz nach oben kam, und daher leichter weg als bei dem alten System. Infolgedessen erstand man eine neue Maschine, die nachdem das Getreide sauber aus dem Schiff hinausgebracht war, über den nothigen Schmutz davonschleuderte. Es geht nichts über das Geiste des Kapitalismus.

Die Dampfmaschine mit dem neuen patentierten Aufzähler bedarf zu ihrer Bedienung 2 Mann und arbeitet für 20 bis 40 Männer. Im Jahre 1886 brauchte man 900 Menschen und 75 Pferde, um den Obstsalat in Rom aufzustellen, 1888 gehörte in Paris dazu nur 480 Menschen, während 1878 4 Pferde mit hydraulischen Maschinen dieselbe Arbeit an dem Londoner Themseuwall ausführten. Die Aufzähler der Chicagoer Ausstellung wurde von 300 Mann mit Hilfe einer pneumatischen Spritzmaschine angetrieben; ohne dieselbe hätte man dagu 4000 Arbeiter gebraucht.

Der Mannheimer Stadtbaubericht meldet trotzdem, daß dem die Dampfwaschanstalt im Allgemeinen Krankenhaus fertiggestellt und dem Betrieb übergeben ist, werden die einzelnen städtischen Amter angetreten, die Wäsche von jetzt an im Krankenhaus reinigen zu lassen. Es sollte ein Schrankentier für Reinigung der Wäsche stände ausgestellt und genehmigt. Wie viele arme Frauen, die sich bisher ihr langes Brot durch Wäsche dieser städtischen Wäsche erworben haben, werden nicht brollen gemacht?

Solche Beispiele stehen sich in Unendliche vermehren, aber es würde dadurch nicht mehr beweisen werden. Denn wie der Naturforscher aus einem Knochen ein ganzes Löwen konstruiert, so gestaltet dem Nationalökonomie eine wirtschaftliche Thatsache, um den Charakter einer gesellschaftlichen Ordnung zu erkennen.

Reichstagsverhandlungen über die Arbeiterkoalition.

Die Gesetzentwürfe betreffen die eingetragenen Berufsgenossenschaften, welche vom Zentrum einerseits und von der Freisinnigen Vereinigung andererseits eingeführt worden sind, gelangten am 24. Januar im Reichstag zur Verhandlung. Wie haben den Inhalt der Entwürfe seinerzeit mitgeteilt. Seitens des Zentrums-Abgeordneten Spaan wurde zur Begründung des diesbezüglichen Entwurfes geltend gemacht:

Die Gesetzgebung hat bis jetzt nur solche Vereinigungen bevorzugt, welche Wirtschafts- und Geldinteressen verfolgten. Nachdem aber durch das geltende Recht die Staatsbürger in Bezug auf das Bereinigungrecht an sich völlig geschützt seien, müsse endlich auch dazu übergegangen werden, den Arbeitern und allen Berufständen überhaupt die Versorgung gemeinsamer Sozial- und Berufsinteressen durch Fördernde Alle. Der Gesetzgebung zu erleichtern, und diesem Zwecke entsprechend die vorliegenden Entwürfe. Zu den Einrichtungen, welche die Vereine in die Hand zu nehmen hätten, zählen beide Einrichtungen unentbehrliche Rechtsberatung und Rechtskunde, Arbeitsnachweisung und Unterstützung bei Reisen, bei Arbeitslosigkeit, Streiks und Streichen, Förderung der Berufsbildung, Fortbildung, Unterricht, Fachschulen und bergleichen, Schieds- und Einigungskämmer. Alle diese Einrichtungen sollen auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden können. Die gegen die vorgeschlagene rechtliche Gestaltung dieser Vereine, namentlich aus Bedenken über die Vermögensverwaltung und die Sicherung der Ansprüche der Vereinsmitglieder hergeleiteten Bedenken werfen der Antragsteller kurz zurück, ebenso die aus politischen Gründen gegen eine derartige Privilegierung des Arbeitervereine erhobenen Einsprünge.

Der nationalliberale Abgeordnete Heyl betrifft, daß Handwerk und Landwirtschaft irgend ein Bedürfnis nach der hier vorgeschlagenen Organisation empfinden würden; wäre dies der Fall, so würden sie andere Organisationen vorziehen. Es handelt sich also nur um die Gewerbevereine, die Fachvereine, ferner die Organisation des Arbeiterkombinates. Wenn man glaubt, daß in diesen neuen Vereinigungen die Pflege des Standesbewußtseins am zweitmächtigsten erfolgen könnte, so sei er auch darin anderer Meinung. In der internationalen Arbeiterkonferenz von 1890 habe man deutschstädtisch festgestellt, daß Deutschland keine Auskunft habe, sich auf die Nachahmung des Trades-Unionismus einzulassen. Man habe mit Recht ausgeführt, daß es sich dabei in ständiger Rechtsprechung an der Auflösung seinesgegenüber befreite Arbeiter durch die Berufsgenossenschaften geweckt werden, daß jede Operation die Einwilligung des Verleihen unbedingt erfordert. Die Erstellung dieser Einwilligung ist sein freies Recht, auf welches die Gesetze, welche der Berufsgenossenschaft noch sonst irgend jemandem eine Einwirkung einräumen. Es ist möglich, daß dieser Willen eines Verleihen die Vermögensinteressen der Berufsgenossenschaft schädigt; aber die Rücksicht auf bloße Vermögensinteressen darf nicht dazu verleiten, in die freie Willensbestimmung einer Person in der Weise einzutreten, daß als Folge der Belagerung der Verleihen, eine Operation an sich vorzunehmen zu lassen, die Einwilligung oder die Wände-

eingezogen, besonders weil er durch das Augeständnis der Zusammenstimmung zu Verbänden das bestehende Vereinsrecht völlig unrichtig machen würde.

Selbst des sozialdemokratischen Redners, Abg. Vogien, wurden die Entwürfe und die Ansichten der sogenannten "Ordnungsparteien" über die Arbeiterorganisation folgender Kritik unterzogen:

"So lange Sie uns nicht unter ein Ausnahmegesetz stellen, haben Sie kein Recht, den vorliegenden Gesetzentwurf mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Arbeiter abzuholen. Es ist allerdings eine Frage der Zeit, das geht ja zu, wann die englischen Trades-Unions in's sozialdemokratische Fahrwasser einsteigen. (Hört! hört! rechts.) Das wissen wir schon lange, und daran ändert die Annahme oder Ablehnung dieses Gesetzentwurfs nichts. Bei dem englischen Bergarbeiterstreich aber handelt es sich nicht etwa um politische Interessen, sondern um die Absicht einer Lohnreduktion vom 25 p. 100. Dieser Gesetzentwurf, wird gesagt, nicht wohl den Sozialdemokraten, aber nicht den freien Arbeitern. 'Freie' Arbeiter sind nach meiner Erfahrung solche, deren Lebenshaltung und Widerstandsfähigkeit so weit heruntergedrückt sind, daß sie nicht zu organisieren wagen, und gerade ihnen würde ein solches Gesetz Freude bereiten. Bei den neuen sozialen Reichsgesetzen, mit deren Ausführung und Verteilung sich die Arbeiter begeistern sollen, handelt es sich um keine Organisation, worauf es hier ankommt. Die Arbeiter wollen sich organisieren, gerade um zu verhindern, daß sie vor der Zeit rückt und insvalide werden. Allerdings, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern würde dieses Gesetz nicht herstellen können. So lange das jetzige Fehlstellung der Arbeits- und Wohnbedingungen militärischen, wie es in England von den Trades-Unions nach langen schweren Kämpfen erreicht worden ist, von den Arbeitgebern verwirkt wird, kann von einem Frieden keine Rede sein. Wie werden so lange weiter kämpfen, sie auch wie im Falle dieser Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern sind. Man sagt, der Egoismus würde den Aufbau einer sozialdemokratischen Gesellschaft verhindern. Wir schätzen und feiern diesen Egoismus an, doch jeder sieht eine mögliche reelle Lebensveracht verschaffen, aber wie setzen die Grenze des Egoismus da, wo die Gemeinschaft der Interessen anfängt. Wenn die Masse der Arbeiter, welche heute die bürgerliche Gesellschaft erhält, nicht umgeleitet, von diesem Egoismus vollständig durchgesetzt sein wird, dann findet der Egoismus des Einzelnen seinen Ausdruck in dem Vorbehalt der Gesamtheit, dann sind die wenigen Befindenden bestellt und ihr Egoismus geht in dem Interesse der Gesamtheit vollkommen aus. Wie werden wir diesen Gesetzentwurf stimmen, ohne Dan, denn den Arbeitern wird nur etwas gegeben, was ihr natürliches Recht ist und ihnen bis dato vorenthalten ist, ein Recht, welches Arbeitgeber und Arbeitgeberschaften bis jetzt auf den Arbeitern vorwiesen haben. Eine Organisation der Arbeiter liegt in ihrem eigenen Interesse, denn der soziale Kampf ist mit organisierten Arbeitern leichter zu führen als mit nichtorganisierten. Ein Streit trifft die Arbeitgeber härter als die Arbeiter. Wollen Sie diesen Kampf mit den nichtorganisierten Arbeitern weiterführen, gut, wir nehmen ihn auf; wir haben uns dabei bis jetzt sehr gut gestanden. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf nicht darum, Neues zu beschaffen, sondern bestehendes anzuerkennen. Es sind zwar keine sozialdemokratischen Vereine, aber ihre Mitglieder beteiligen zum großen Theile aus Sozialdemokraten und sie werden es. Außerdem gibt es die örtlichen Dunderländer Gewerbevereine mit 50.000 Mitgliedern."

"Im Jahre 1891 zählten wir 55 Gewerkschaften mit zusammen 810.000 Mitgliedern. Diese Statistik ist allerdings eine mangelhafte, aber es kommt ja nicht allein auf die Zahl eines Mitglieders an, sondern auch auf das, was geleistet wird. Die Jahresabschaffung eines Vereins pro 1891 betrug M. 1160.888; davon wurden M. 144.889 zu Meiteunterstützungen und M. 64.790 zur Unterstützung Arbeitsloser verwendet (ergänzende Buchdrucker, die an Arbeitslosen-Unterstützung eine Ausgabe von M. 235.000 hatten). Im Jahre 1892 nahmen 42 Vereine M. 2.819.922 ein und von ihnen zahlten 84 Vereine M. 882.607 Meiteunterstützungen, 14 Vereine an Arbeitslosenunterstützungen M. 257.087. Die Organisation der Ausserordentlichen zahlte 1892 von Kopf M. 9.64. an Meiteunterstützungen, die der Buchdrucker M. 7.87, die der Bildhauer M. 6.52 usw. Diese Organisationen verhindern, daß die Arbeiter zum Bagabündniss herabsteigen. Wenn man hier mit dem Brustton der Überzeugung über die Bagabunden herzieht, so ist das Zeugnis einer nicht auf die Probe gestellten Moral. Man soll erst einmal an dieser Grenze gestanden, einige Zeit die Verfolgung der Polizei, die Heze von Ort zu Ort durchgemacht haben, wenn man über diese Verhältnisse ein richtiges Urteil gewinnen will. Ebenso haben diese Organisationen Arbeitsnachschwelle eingerichtet. Herr Kropstädt brauchte in der That nur 14 Tage auf der Thaupe Seine zu klippen, er würde uns nicht mehr lieben, wie seine geistige, hatten, sondern die Berechtigung der Klagen der Arbeiter einsehen und schließlich zum Sozialdemokrat werden!"

"Ich will auf unsere Erfahrungen mit den Landes-Vereinsgesetzen nicht näher eingehen. Thatsächlich stehen unsere Organisationen vollständig rechtlos da. Sehr Geduld, die vom sozialen Leben nicht so viel verträgt, wie der Stol vom Lautenschlagen, darf einen Verein chancieren und ihm Schwierigkeiten machen. Das preußische Ministerium hat unsere Vereine systematisch zur Auflösung getrieben, indem es sie unter das Gesetz vom 17. Mai 1853 stellte und bestimmte, daß Vereine, welche ihren Mitgliedern irgend welche Unterstützungen gewähren, der Genehmigung des Ministeriums bedürfen. Die Arbeiter sind über das Sozialstengesetz hinweggekommen, sie sind auch über diese Verfolgung hinweggekommen. Die Unterstützungen wurden vom Vorstande, vorbehaltlich, gewährt. Die Organisationen der Bildhauer und der Buchdrucker stützen sich und reichen beim Ministerium das Statut zur Genehmigung ein, es sollte ihnen aber bald leid thun. Vor zwei Jahren bei dem Auslaufen des Buchdrucker untersagte das Ministerium den Buchdruckern, an die freistehenden Mitglieder Unterstützungen zu zahlen resp. Extraabdräge zu erheben. Ist das ein rechtmäßiger Vorstand? Nein! Dadurch werden die Gegenseite nicht ausgeschlossen; für die Arbeitgeber eröffnete die Rechte, für die Arbeiter nur Möglichkeiten. Dieser Gesetzentwurf ist geplant, einen solchen Zustand ein Ende zu machen. Er wird zwar unsere Propaganda nicht fördern. Wir werden mit und ohne diesen Gesetzentwurf unsere Ziele erreichen. Bekannt Sie ihm ab, so werden wir den Arbeitern sagen, was sie von den Arbeitgebern zu erwarten haben. Das kann unsere Propaganda nur fördern und muß hoch gegen die heutige Gesellschaft einschlagen. Nehmen

Sie den Gesetzentwurf an, so werden wir unsere Organisation auf Grund dessen aufbauen und weiterarbeiten. Wir werden unsere sozialdemokratischen Ideen keinen Augenblick außer Auge lassen. Wie sich die Sache auch gestalten möge, der Sozialdemokrat nähert Sie immer."

Der darauf folgende Redner, "Adolf" Stumm, der großindustrielle Standpunkt gegen die selbständige Arbeiterorganisation wieder einmal darzulegen. Er meinte: "Die vorbeschlagene Organisation kann nur dazu dienen, Streiks zu unterstützen oder zu verschärfen. Alle Berufe des Antragstellers, ein Bedürfnis für die Vereine nachzuweisen, hat die Rechte des Sozialdemokratischen Arbeiters zu nicht gemacht. Nach meiner Meinung ist ein unsterrer Arbeiter gerade der, der sich einer Korporation verschreibt; denn wenn ihn diese in Beruf erlässt, ist er rettungslos dem Hungertode preisgegeben (11). Die Erfahrungen in England und namentlich in Amerika machen diese Organisationen höchst verdächtig. Wenn der Vorredner meint, die Arbeiter hätten bis jetzt in Bezug auf die Rechtsfähigkeit sich in einem Ausnahmefall befinden, so überlebt er doch, daß die Verleihung des Rechtes einer juristischen Person bisher ein Privilegium ist. Die bloße Gemeinschaft der Vereinigung an sich kann die Verleihung dieses Rechtes an die Arbeiter-Gesellschaften nicht begründen. Es hat in Seiten gegeben, wo die Arbeitervereine etwas anderes leisteten, so in England, das war dogmatisch, als sie noch lediglich ihre materiellen Interessen im Auge hatten und von Politik und namentlich von Sozialdemokratie noch keine Rede war. Das sieht die Herren Kathedersozialisten Brentano, Herlitz, Schulz, Glaenzer für diese Vereinigung anstreben, trifft nicht zu; es wird auch hier zur Geltung kommen, daß nicht die lebensmüde Sozialdemokratie der wirtschaftlichen Interessen in der Neuorganisation das Feld behauptet, sondern die schwärmende Tonart wird den Sieg davon tragen, der soziale Krieg bis auf's Messer wird das Ziel des Strebens sein. Man will ja gerade die freien Arbeiter mit diesen Vereinigungen trennen, man will sie unter das Föch der Union bringen, um auf alle mögliche Weise den Vorstoß gegen die Arbeitgeber wirklich durchzuführen. Solche Zustände müssen zu einer Tyrannie führen, gegen welche die größte Brutalität eines Arbeitgebers ein Kinderspiel ist. Der Schutz des freien Arbeiters, den die Regierung in § 168 der Gewerbe-Ordnung verlangte, hat der Reichstag vor 8 Jahren abgelehnt. Die vorliegenden Anträge annehmen, hieße den freien Arbeiter seines letzten Schutzmittels beraubten, zumal in Deutschland die Sozialdemokratie so hoch entwidelt ist und einer handball fliegtaflich sehr gewandter Führer zu Gebote steht, welche sie in jedem Augenblide zu jeder Unzeit gelegentlich schlemmen That beinahe können. Nicht hat der Vorredner bezüglich der Hirsch-Dunder-Scher, Gewerbeverein; diese sind immer mehr zurückgegangen und werden schließlich erlischen müssen. Anders mit dem Fachvereinen: Jede Stellung derselben ist eine Särtung der Sozialdemokratie, auch, geradezu eine Anziehung für sie, auf dem Wege, den freien Streits noch weiter zu gehen, so ist sie schon bisher fortgeschritten waren."

"Der Vertreter der Bergwerks-Aktionäre, nationalsozialistischer Abgeordneter Möller, stellte dem König Stumm, es sei ja achtig härlig", die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu fordern. Mit diesen sogenannten "ordnungspolitischen" Ansichten ging der zweite sozialdemokratische Redner, Abg. Moillenburgh, schrift in's Gericht; er führte aus: "Schon der Umstand, daß die Arbeiter auch die kleinste geringen Fragen des Lohnes oder der Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber nur befressen können, wenn sie sich in Versammlungen über ihre Stellung geeinigt haben, zwingt die Arbeiter zu einer Organisation. Was Herr Möller und Herr Stumm ausdrücken, geht davon aus, daß die privilegierte Stellung des Arbeitgebers keinen Abdruck duldet. Der Klassenkampf aber geht aus den entgegengesetzten Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervor und wird erzielen, ob man Arbeiterorganisationen hat oder nicht. Gerade dadurch, daß sämmtliche Arbeitnehmer eines Betriebsteiles sich in einer Organisation zusammenfinden, erhält letztere an Macht und Einfluss und kann sie ihre Forderungen durchsetzen, aus ganz denselben Gründen werden die freien Arbeiter so sehr von den Herren v. Stumm und Möller gewiesen. Und der Arbeiter so frei, daß er unser Sklave sei!" Das ist das Leitmotiv dieser Verteilung. Aus allem sollen wir Gott für unsere Agitation zu laufen suchen, meint Herr v. Stumm. Das wir aus Allem den möglichsten Nutzen für uns zu ziehen suchen, kann und Niemand verargen. Wenn das Gesetz angenommen wird, werden wir seine Bestimmungen für uns verwerfen; wenn es abgelehnt wird, werden wir dem Arbeiter zeigen können, daß man es eben in der Bourgeoisie doch nicht so toll hat, die gerührte Rechtsgleichheit der Arbeiter zu verhindern. Ganz vor einem Jahre forderte derselbe Herr Möller v. Stumm den Minister auf, die Arbeiter, welche sich an dem Reichsbücherverein im Saarzeller beheimateten, aus der Arbeit zu entlassen. Wenn er sein bürgerliches Übergewicht in die Wagschale wirft, um das Koalitionsrecht des Arbeiters unmöglich zu machen, so ist das schon ein großer Nachteil für die Arbeit, weit schlimmer aber ist der Terrorismus, welchen die Arbeitgeberverbände gegen die von einem der Spitäler bestehenden Arbeitern ausüben. Vor diesem Terrorismus aber, weiß die Rechte des Herrn v. Stumm nichts, er sieht nur Tyrannen und Terroristen, welche die Arbeiter gegen ihre eigenen Genossen und gegen die Arbeitgeber waffen lassen. Herr v. Stumm hält offenbar wie Herr Möller die Verlustvereine nur dann für durchführbar, wenn ein neues Sozialstaatssystem, ein neues verlässliches Rechtssystem und eine strengere Strafvorschrift für Kontraktbruch ergangen sind. Es wird hierbei aber garnicht an die schweren Strafen gedacht, welche auf Grund unserer bestehenden Gesetze gegen Streikende, wegen Aufforderung zum Streik, wegen Auseinandersetzung, wegen Aufstiftung usw. bestehen. Die Befehle eines Hohen, welche die Gutsbesitzer in der empfindlichen Weise behandeln, zuerst durch den Gutsbesitzer in der empfindlichen Weise bestimmt, dann aber auch noch wegen Begehrungs gegen die bestehenden Gesetze mit Haft bestraft werden! Und da wir nun von einer bereits vorhandenen Rechtsgleichheit aller Staatsbürgen sprechen. Andererseits hat sich in der Provinz Prag ein landwirtschaftlicher Schuhverein der Arbeitgeber gebildet, welcher seine Mitglieder verpflichtet, ihren Arbeitern weber regend eine Arbeits-

verfügung, noch eine Lohnherabsetzung zu gewähren. Die Arbeitnehmer aber, gegen die solche Schuhvereine sich zusammen schließen, haben ihrerseits das Recht, sich zu koalieren, zu organisieren. Selbst der 'Königliche Zeitung' geht diese Art des Vorgehens der ländlichen Arbeitgeber wider den Strich; sie warnt Sie vor der zu schroffen Betonung ihres Klasseninteresses.

Der Arbeitgeber, der Grundbesitzer macht von dem Vereinsrecht den ausgiebigsten Gebrauch, den Arbeitern verbietet man die Organisation, und da spricht man immer noch von Rechtsgleichheit in dem Verhältnisse von Arbeitern und Arbeitgebern! Gerade die Rechte hätte alle Ursache, auf eine Besserung der Lebenslage der Landarbeiter zu wirken. Der Zug der Arbeitern vom Lande, ihr Zugriff in die Städte hat seine Hauptursache den jämmerlichen Behandlung, die sie von den Grundbesitzern erfahren, und in den jämmerlichen Wohnungs- und Nahrungsverhältnissen. Eine Besserung dieser Verhältnisse würde bessere Landarbeiter schaffen und sie der ländlichen Arbeit erhalten."

Der Gesetzentwurf wurde schließlich einer Kommission von 19 Mitgliedern überwiesen.

Über die Revision der Apotheker-Rechnungen und deren Folgen

veröffentlicht der Vorstand des Verbandes freier Krankenkassen das Folgende:

Bei der großen Ausdehnung unseres Verbandes freier Krankenkassen über ganz Deutschland war es für den Vorstand deselben keine leichte Aufgabe, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen und die richtigen Schritte zu thun, damit es überall gelang, da, wo Mitglieder der Verbandskrankenkassen wohnen, denselben auch die nötigen Arzneimittel und feste zugereisten Arzneien in guter, tabelloser Ware zum billigen Preise zu beschaffen.

Wenn es auch noch nicht gelungen ist in der kurzen Zeit von einigen Monaten, überall Hilfe zu schaffen und an allen Orten und bei jedem Gelegenheit unsere Zwecke zu erreichen, so ist doch immerhin schon Einiges erreicht, was gewiß zum Guten und für immerhin schon Grundstein gelegt, auf welchen wir mutig und vertrauensvoll weiter bauen können, um unsere Ziele mit der Welt voll und ganz zu erreichen. Nicht zum Wenigsten trägt für das Gelingen unserer Bemühungen die sachgemäße und zielführende Revision der Rezepte bei, gelegentlich welcher mit schwerem Blute die vorherrschenden Mängel und Schäden aufgedeckt, wie auf dieselben aufmerksam gemacht und bei den weiteren Verhandlungen mit auf Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse wohlgegrundeten Fingerzeigten unterstützt werden. Wie haben diese sammlichen bei uns bestätigten Arzneien das Werk Arzneiverleih bei den Krankenkassen, zur Benutzung überreichen, daß die obdienten Arzneien an der Hand des zuständigen (in diesem Falle nach sämmtlichen zur Zeit in Deutschland noch bestehenden 7 Arzneilägen berechneten) Beispiele auf die billigste Weise verschreiben können.

Dort in dieser Richtung noch sehr viel gepast werden kann und gespart werden muß, ist zweitens; wir haben uns wiederholt durch Zusammensetzen der verschiedenen Rechnungen davon überzeugt. Es wanderten und wandern noch alljährlich Tausende und Tausende von Reichsmark aus den Taschen der Arbeiter und der Arbeiter, Gewerbevereine, die in diesen Taschen der Herren Apotheker - und zwar ein großer Theil des Gesamtbetriebs, ohne Rücksicht aufs Geschäft - erfüllt waren.

Dort unterliegen Bemühungen, ist hier der Anfang zum Westen bereits gemacht!

Die Arzneizöl, welche bislang von den Apothekern nach jeder Richtung hin ausgenutzt wurde, um unter allen möglichen und unmöglichen Vorwänden den für die fertigen Arzneien zu zahlenden Betrag in die Höhe zu treiben, zeigt für das Jahr 1894 schon ein ganz anderes Bild.

Die Zölle für die Gesäße und Gläser zu den Arzneien sind in anderer Weise als bisher geregelt.

War es doch so genug bei dem Revidieren der Rezepte durch unseren Revisor festgestellt, daß die Apotheker die einfachsten Arzneimittel, wie z. B. Baldriantröpfchen, Hoffmannströpfchen und ähnliche Mittel, statt in einem billigen grünen Glas in einem teuren weißen Glas mit Patentfößel abzugeben haben, damit die Tropfen nicht verderben! Das Geld für das teure Glas war denselben so sicher, denn die Kosten bezahlt ja alles.

In der Königl. preuß. Arzneilage für 1894 ist kein Unterschied im Preise zwischen billigeren halbweisen Gläsern und teueren Gläsern, sondern die teuren Gläser, gleichviel ob mit engem oder weitem Halse, kosten jetzt nicht mehr als früher die halbweisen mit engem Halse, und in der Einleitung zu der Arzneilage ist ganz besonders vor der Benutzung von sogenannten Luxusgläsern gewarnt, welche nur in ganz bestimmten Fällen verwendet und berechnet werden dürfen.

Die Pulverbüchsen für abgelöste Pulver sind in der Arzneilagenprüfung verboten.

Zur Seite in gereinigtem Zustande in die Apotheken zurückerbrachte, zur Aufnahme der Arznei geeignete - d. h. also für innerliche Arzneien runde, für äußerliche Arzneien sechseckige Gläser - darf nur der halbe Tropfpreis in Angriff kommen; bei Handaufkrautfässchen darf in diesem Hause für Gesäße überhaupt nichts berechnet werden.

Für eine Anzahl von Arzneimitteln sind die Preise erheblich, nur ganz besondere bei Entnahmen von großem Mengen eingetragen; in größeren Quantitäten zur Benutzung kommender Mittel; selber allerdings nicht bei allen in Betracht kommenden, und müssen wir nach dieser Richtung hin noch manchen Raum untersuchen.

Die Königl. sächsische Lage hat zwar noch verschiedene Preise für weiße und halbweise Gläser, für Gläser mit engem und weitem Halse, aber in einer passenden Anmerkung steht die Bemerkung, daß in der Arzneilagenprüfung nur die billigeren, halbweisen Gläser, für Schachtelpulver nur die billigeren Schachteln ohne Glas und Papierkästchen darf in diesem Hause für Gesäße übernommen und berechnet werden dürfen.

Am energischsten und entschiedensten ist unbedingt die Königl. württembergische Arzneilage vorgegangen und verdient dieses Vorgehens hier umso mehr Erwähnung, als die württembergischen Apotheker unseren Bemühungen zur Begehung der Arzneilagerrevision den gätesten Widerstand bislang entgegengestellt.

In die frühere Lage waren noch verschiedene Preise für halbweise oder dünne weiße und weiße Gläser, ebenso verschiedene Preise für starke, billigere für graue und höhere für

weisse Löffle aufgenommen. Die Tage für 1894 hat den Preis unterschieden fallen lassen, und nunmehr einen billigeren Preis für alle Sorten Gläser, einerlei ob rund oder sechseckig, einerlei ob weiß oder grau oder braun, einerlei ob mit engem oder weitem Halse, aufgenommen.

Der Umgang mit der Verwendung und der Berechnung von ihnen weißen Gläsern oder von Gläsern mit weitem Halse hört nun gründlich auf. Gleichzeitig ist in der Tasse durch eine Bestimmung die Verwendung von Pappe schachteln oder von Papergläsern mit weitem Halse für Kronenlosen in genau vorgeschriebener Weise geregelt.

Pulverzucker, Pulverconvolute und weiße Löffle dürfen in der Kassenprüfung nur dann in Rechnung gebracht werden, wenn durch eine besondere schriftliche Vereinbarung mit dem Apotheker dieses ausdrücklich seitens des Kassenvorstandes genehmigt ist.

Endlich enthält die württembergische Tasse eine Bestimmung über die zurückschreitenden leeren Gläser, welche für unsere Kassen, überhaupt für sämtliche Krankenkassen von großer Wichtigkeit ist. Der Apotheker darf unzulänglich bei den zurückschreitenden gereinigten leeren und geeigneten Gläsern nicht mehr die Hälften des Tropfpreises, sondern nur mehr einjad den festen Satz von 5 & für ein Glas jeder Art bis insl. 100 Gramm Inhalt und den festen Satz von 10 & für ein Glas über 100 Gramm Inhalt berechnen.

In Hamburg ist es endlich gelungen, den sogenannten Buchungssachen, d. h. 10 & Arbeitslohn an den Herren Apothekern für das Abschriften eines jeden eingelieferten Receptes in das von den Apothekern zu führende Receptbuch auszuweisen, und durch Erlass des Senates ist für die unter staatlicher Aufsicht stehenden Krankenkassen die Benutzung und Berechnung der billigsten Umhüllungen (Gläser, Schachteln, Krüppel usw.) vorgeschrieben bzw. genau bestimmt, unter welchen Bedingungen und in welchen Fällen eventuell die teureren Umhüllungen verwendet werden dürfen. Viele, gerneigte, zur Aufnahme von Arzneien geeignete Gläser und Gläser dienten nur zur Hälfte des Tropfpreises in Anrechnung kommen.

Wenn auch noch Manches zu wünschen verbleibt, so ist doch auch, wie wir auch im Vorstehenden gezeigt haben, schon Manches erreicht worden.

Aber wir dürfen nicht rasten, wie dürfen die Hände nicht in den Schoß legen und ruhig zusehen und warten auf das, was uns vielleicht bewilligt wird und was uns die nächsten Jahre vielleicht Günstiges bringen werden; hier gilt es nur, wie auf allen Gebieten unserer sozialen Vergütung — Einigkeit macht stark.

Nur durch gezieltes, sielverbundenes Borgehen gelingt es, Werte für die Krankenkassen zu eringen und festzuhalten, welche eine einzelne Krankenkasse selten oder niemals erlangen wird. Über nicht nur die Vorstände der Krankenkassen, sondern auch die einzelnen Kassenmitglieder müssen dazu beitragen, daß die Erfahrung, welche erzielt werden können, auch erreicht werden.

Die so oft gemachte Bemerkung: „die Rose kann es ja bezahlen“, darf von den Kassenmitgliedern nicht verlaufen. Die Kassenmitglieder müssen aus eigenem Antriebe bemüht sein, um mögliche Kosten zu vermeiden. Gerade der oben wiederholte vor kommende Hinweis auf das Zurückbringen der leeren Gefäße muß von den einzelnen Kassenmitgliedern beachtet und eingehalten werden, damit auch die durch die Tasse gebotene Vortheile voll und ganz den Krankenkassen zu Gute kommen.

Den Weg zu Erfolgen lassen wir nun; die Bahn ist gebrochen; darum mit vereinten Kräften auch im neuen Jahre mutig vorwärts!

Der Achtstundentag in England.

In Beantwortung einer Interpellation John Burns' erklärte am 5. Januar der Kriegsminister Campbell im englischen Unterhause, daß fortan in den Armeeprovinzen Englands der Achtstundentag die übliche Arbeitszeit blide soll und zwar ohne Verkürzung der Höhe. Über 20.000 Arbeiter werden von dieser Maßnahme betroffen. Wichtig ist das Eingeständnis des Kriegsministers, daß die angeführten Berufe ergeben haben, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag die Qualität der Arbeit sich ganz wesentlich verbessert habe, die Quantität aber nur in unmerklichem Grade verringert worden sei. Mit der Einführung dieser Reform dürfte aber auch mit dem System der Überzeitarbeit endgültig gebrochen sein, so daß allmählig auch eine größere Zahl Arbeiter in diesen Staatswerken-Betriebsgruppen wird finden können. Dem Borgehen des Kriegsministers wird sich sein Kollege in der Admiralschaft wohl notwendigen entföhnen müssen, und bei der durch die beschäftigte Betrachtung der Flotten bevorstehenden regeren Thätigkeit in den Schiffswerften erhoffen sich darum günstigere Ausichten für mehrere Tausende jetzt auf Unabhängigkeit gewinnende Hände.

Der Londoner Korrespondent der Berliner „Vollzeitzeitung“ giebt zu den Anglegenheiten folgende Auskünfte:

Die Einführung des Achtstundentages vorstet in den Kriegsdepartements-Werksätten, wo der gegenwärtige Regelung bald nach ihrer Bildung durch drei in kurzen Zwischenräumen aufeinanderfolgende Deputationsnachgefolgt werden, und vor etwa sieben Monaten entschloß sich Mr. Campbell-Bannerman zu einer verlustreichen Einwendung des Systems in der Battonenfabrik des Woolwicher Arsenalen in der Nähe von London. Die Herren Maher und Allan, beide Abgeordnete und Chefs zweier der größten technischen Firmen, welche das System schon früher in ihren eigenen Fabriken eingeführt und zu ihrer vollen Zufriedenheit erprobt hatten, hatten die Befürder mit den genauen Berichten darüber versiehen, wie das System bei ihnen arbeitet und sich bewährt. Diese Erfahrungen machte sich das Kriegsministerium zu Nutze und Dr. Anderson, der Generaldirektor des Woolwicher Arsenalen, welcher der Neuerung anfangs skeptisch gegenüber standen, sah sich bald zu einem warmen Anhänger deselben belehnt. Die Regierung war von den gewonnenen Ergebnissen auf das angenehmste überzeugt, denn sie wußte, daß eine Gewöhnung der Burn'schen Bänke — wenn anders sie sich mit dem Staatsinteresse und einer Intatisfelung der Finanzen vereinbaren ließe — ihre Popularität bei den Arbeitern im ganzen Lande ungeheuer stärken würde. Nach sechsmaligen Erfahrungen, die nun die Regierung nicht länger geduldete, und der Kriegsminister gab die erwähnte Erklärung ab, durch welche etwa 20.000 Arbeiter betroffen werden.

Es ist natürlich nur eine Frage der Zeit, daß andere Departements und ganze Zweige privater Industrie nachfolgen werden, wenigstens ebenso sicher scheint, daß die Bewegung

bei jenen Berufen halt machen werde, bei denen die Konkurrenz mit dem Auslande jedes andere Argument als das der internationale Vereinigung hilflos erscheinen läßt. Allein auch nach dieser Richtung hin ist von Wichtigkeit, daß die gemachten Erklärungen beweisen, es werde in den acht Stunden ebensowiel gearbeitet, wie früher in neun und sogar zehn Stunden. Die Leute geben nach dem im Kreise ihrer Freunde und ohne Überfürsicht genossenen Erlebnis (sämtlich zu reden von dem verlängerten Schluß) mit vollem Brust an die Arbeit, während sie früher mehr oder minder matt begonnen. Der Kriegsminister fügte ja seiner Antwort ausdrücklich hinzug, daß sich, wie er glaube, eine Herabsetzung der Löhne nicht nothwendig erweisen werde — der beste Beweis für die quantitative Gleichwertigkeit der Arbeit.“

Es verläuft, die Thronrede bei der nächsten Eröffnung des Parlaments, die Ankündigung der Einführung des Achtstundentages enthalten. Das Ministerium will sogar noch weiter gehen. Bei allen Submissionen soll derjenigen, der für die Vorzug gegeben werden, welche ihren Arbeitern den achtständigen Arbeitstag gewährt hat: — Und in den staatlichen Musterverträgen Deutschlands werden Arbeiter entlassen und den Beschäftigenden die Arbeitszeit verlängert.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* **Die Lohnkommission der Berliner Steinfeuer und verwandter Berufsgruppen** hat, wie mir persönlich mittheilen, den Unternehmern einen Lohntarif zugestellt, in welchem neufländige Arbeitszeit und für Steinfeuergefele 60, für Steinhauser 60, für Hammer 45, für Hälftearbeiter 35 Pf. Lohn für die Stunde gefordert wird. In einer am vorletzten Sonntag stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, unter keinen Umständen vor diesen Forderungen abzugehen und es eventuell auf einen Streik ankommen zu lassen.

* **Städtische Bauarbeiten** hat die Stadt Freiburg i. S. in den Jahren 1891 und 1892 fast ausschließlich in eigener Regie ausführen lassen. Im Jahre 1892 wurden zwischen 140 und 204 Handarbeiter beschäftigt, meist ortsfremde Besetzung. Dieselben haben im Ganzen 38.400 Tage gearbeitet. Der Arbeitssatz bewegte sich, je nach der Leistungsfähigkeit zwischen 14 und 28 Pf. für die Stunde. Bei den durch die Stadt-Bauverwaltung in Regie ausgeführten Mauer- und Zimmerarbeiten sind 2938 Mauerarbeitsstage und 2230 Zimmerarbeitsstage zu verrechnen gewesen. Der durchschnittliche Arbeitslohn ist für das Berichtsjahr zu 28 Pf. bei den von der Bauverwaltung direkt beschäftigten Maurern und Zimmern anzurechnen, wogegen sich derselbe bei den von Freiburger Bauwerkmeistern beschäftigten um durchschnittlich 4 Pf. höher stellt. Begegnen wir auch die Thatsache, daß der Freiburger Magistrat, im Gegenzug zu dem Berliner, sich auf den Standpunkt gestellt hat, den Privathausunternehmer zu umgehen, mit Freuden, so ist es doch unverständlich, wie die Stadt dazu kommt, geringere Löhne zu zahlen, als die privaten Gewerbetreibenden. Die Nachtheile des Submissionswesens für die Arbeiter, die Lohnbedürftige, soll ja gerade dadurch vermieden werden, daß die Stadt die Arbeiter selbst auszahlt läßt.

* **Internationaler Buchdruckerverband**. Von Delegirten der diesem Verband angehörigen 16 nationalen Buchdruckerorganisationen fand baulich Ende August b. J. in Bern ein Kongress statt, der die Errichtung einer Zentralstelle beschloß und mit deren Leitung den deutsch-schweizerischen Typographenbund, sowie die westschweizerische Föderation betraute. Die von den beiden Vereinigungen bestellte Aufsichtskommission hat zum Leiter des in Bern errichteten ständigen Sekretariats gewählt. Dessen internationalen Verbände gehören, bis jetzt an: die beiden schweizerischen Verbände, der deutsche Buchdruckerverband, der elsässisch-lothringische Verband, der französische Bucharbeiterverband, der rumänische Gutebergverein, der ungarische Landesverein, der österreichische, der holländische, spanische und der belgische Verband und die freien Verbindungen von Brüssel und Luxemburg. Der internationale Buchdruckerverband zählt zusammen zu 36.000 Mitgliedern. Am genannten Kongress waren noch vertreten der dänische und norwegische Verein, der italienische Verband und die Londoner Schergerellschaft. Dieselben stimmen mit für die Kongressschluß und ihr baldiger Beitritt zum internationalen Verband wird erwartet. Über dessen Zweck wird mitgetheilt, daß er hauptsächlich darin besteht, die Beziehungen der einzelnen nationalen Verbände durch die Vermittelung des internationalen Sekretariats zu einem freundlich-solidarischen zu gestalten, die Hilfeunterstützung einheitlich zu regeln und in die Unterstützung bei Lohnkämpfen System zu bringen. Die Unterstützung an teilweise Buchdruckergruppen seitens der einzelnen Verbände ist eine sehr verschiedene. Während der schweizerische Typographenbund eine Ansatz Zahlstellen hat, von denen dem Beseitenden ein bestimmter Betrag ausgerichtet wird, berechnet der westschweizerische Verband seine Unterstützung nach Kilometern (5 Pf. pro Kilometer); ein ähnliches Unterstützungsysten haben die französischen, belgischen, italienischen, überhaupt die meisten Verbände lateinischen Sprung. Der deutsche Verband richtet ein Taggel auf (75 Pf. und 1 Kr.), die etwa 9000 Mitglieder zahlende Londoner Schergerellschaft bezahlt keine Wanderunterstützung, dagegen ein nicht unbedeutender Arbeitslohn. Bei Lohnkämpfen, die jedoch nur nach Verhandlung unter den beteiligten Verbänden eingerichtet werden, soll eine einheitliche Steuer von allen Mitgliedern erzielt werden. Unterstützungsgegenübe dürfen nur vom Sekretariat aus erlassen werden. (Schon seit Jahren hat übrigens der deutsche Buchdruckerverband durch Kartellverträge mit den meisten ausländischen Fachorganisationen einen Mitarbeiter im Auslande alle Rechte der dortigen Mitgliedschaften gesichert, namentlich in Bezug auf Reife, Kranken- und Invalidenunterstützung. Als Auswuchs dienten bisher die in das Verbandsbuch eingelobte sog. internationale Gegenleistungskarte. D. Red.)

* **Die Eisenbahnerarbeiter in Österreich** haben sich mehr als in Deutschland in den Organisationen angezogen. Das die Interessen der Eisenbahnerarbeiter vertrittende Organ „Der Eisenbahnarbeiter“, welches erst seit einigen Wochen besteht, erfreut sich schon eines ziemlich großen Erfolges. Aus Gründen wird berichtet: Von 400 Arbeitern in den Werken der I. k. österreichischen Staatsbahnen gehören 200 den Organisations an. Der Fabellausschuß besteht aus Sozialdemokraten. Auch in Deutschland wird die Behandlung in den staatlichen Musterverträgen dahin führen, daß mehr und mehr die unteren Beamten ihrer Protektionshaft sich bewußt werden.

* **Schweizerischer Gewerkschaftskongress**. Das Bundesamt des schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft auf die Osterfeiertage — 25. und 26. März — den statutengemäß alle zwei Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress ein. Der Ort der Abhaltung desselben ist noch nicht bestimmt. Auf der Tagordnung stehen, außer den formell geschäftlichen Punkten, der Thätigkeitsbericht des Bundesamtes, Anträge desselben auf Errichtung eines ständigen Sekretariats, Antrag der Verwaltung mit der Streifstafette, die jetzt getrennt geführt werden, Genehmigung des Tarifvertrages des Gewerkschaftsbundes mit dem Schweizerischen Arbeiterschaftsverband und dem romischen Arbeiterschaftsverband und Wahl des Vorstes des Gewerkschaftsbundes sowie der Rebationskommission.

Voraussichtlich werden neben dem Gewerkschaftskongress auch noch einige Berufskongresse stattfinden. Die Frage des Berufstätigen der gewerkschaftlichen zur politischen Bewegung dient kaum ernstlich erörtert werden, da hierher keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man ist nämlich einig darüber, daß beide nur das in der Praxis umgesetzte Prinzip der Arbeitszeitverkürzung darstellen, und daß daher beide sich gegenseitig zu ergänzen haben. Indeß ist hier das bezügliche Verhältnis insoweit ein anderes, wie in Deutschland, als ein großer Theil der Gewerkschaftsmitglieder ausländische Arbeiter sind und als solche nicht gleichzeitig den politischen Organisationen der schweizerischen Arbeiter angehören können. Daß gegenwärtig durch wohl auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress, wie auch auf den eventuellen Berufskongressen, die Frage erörtert werden, wie die großen Massen der nichtorganisierten Arbeiter zu den Gewerkschaften herangezogen und auch dauernd festgehalten werden können. Das ist eine Frage, die in den Gewerkschaften aller Länder beständig aktuell ist.

* **Der Jahreskongress der Bergarbeiter-Föderation Englands** hat in der zweiten Hälfte des Monats Januar in Leicester statt. Nach der durch Sam. Woods erlassenen Ansprache des Präsidenten der Föderation, D. Bidard, geht hervor, daß der große Kampf im Sommer und Herbst v. J. der Föderation auf den unistischen Kantonen in Durham und Northumberland mit einem Distrikter gestoppt hat, den von Sir Wales der bestensichtete Forest of Dean-Distrik in Gloucestershire. Sonst haben überall die Bergarbeiter treu zur Fazie gehalten, wosofr wohl nicht deutscher spricht, als die große Summe, die während des Vorout von Bergarbeitern, die wieder in Arbeit getreten, als Extraarbeiter an die Centralstafette abgeliefert wurde. Sie beläuft sich auf über 1½ Millionen Pfund (88.000 Pf. Sterl.), und es heißt, daß eine einzige Distrikte zu M. 30.000 und 40.000 pro Woche an die Centralstafette abgeliefert haben. Das heißt Organisation und Solidarität!

Bidard meint, daß es schwerlich in nächster Zeit zu größeren kämpfen im Kohlengruben kommen wird. Der Vorout habe Parteien so leicht zugesetzt, daß sie bis auf Weiteres genug daran hätten. Er gibt dann einige interessante Fakten über die Prothe des Kohlengruben zur Zeit, die Centralstafette abgeliefert wurde. Sie beläuft sich auf über 1½ Millionen Pfund (88.000 Pf. Sterl.), und es heißt, daß eine einzige Distrikte abgeliefert haben. Das heißt Organisation und Solidarität!

Bidard meint, daß es schwerlich in nächster Zeit zu größeren kämpfen im Kohlengruben kommen wird. Der Vorout habe Parteien so leicht zugesetzt, daß sie bis auf Weiteres genug daran hätten. Er gibt dann einige interessante Fakten über die Prothe des Kohlengruben zur Zeit, die Centralstafette abgeliefert wurde. Sie beläuft sich auf über 1½ Millionen Pfund (88.000 Pf. Sterl.), und es heißt, daß eine einzige Distrikte abgeliefert haben. Das heißt Organisation und Solidarität!

Weiter wurde ein Protest gegen das Verhalten der Lords in Bezug auf die Hostilitiesform befohlen, sowie eine Resolution, die das Ausschließen unbehilflicher und grob Kohlenlager auf den Grubenköpfen verurteilt und die Verbandsregelung auffordert, Schritte dagegen zu ergreifen. Die Bildung dieser Lager ist in der That ein Unzug, der die sozialistische Spaltung vor sich lässt. Da sich die Basis der sozialistischen Distrikte, die der Föderation beigegeben sind, sehr vermehrt hat, so wurden diese aufgefordert, sich als nationaler schottischer Verband untereinander zu verbinden.

* **Die fünfte Jahrestagkonferenz der schottischen Arbeiterspartei** lagte in vorletzter Woche in Glasgow. Es waren gegen 300 Delegirte, welche verschiedene Trade Unions und Arbeiterverbände vertraten, anwesend. Der Vorsitzende handelte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit des Vorhandenseins einer Arbeiterpartei in Großbritannien zur Errichtung der der Arbeit gehörenden politischen Macht. Wenn die Arbeiter zusieden würden, führe der Redner aus, wie blöd die Slaves der Kapitalisten zu bleiben und mit unterdrückung und Dank dasjenige zu empfangen, was ihnen seitens der bestehenden Klassen großmuthig zugestanden würde, so besteht jede der deutschen politischen Parteien, die Arbeiterschaft ihrer Kunst zu verschaffen. Trotz aber der Arbeiterschaft ihrer Kunst zu verschaffen, treten aber die Arbeiterschaften selbst in die Hand, und beschützen sie, denn heute herrschende Ausbeutungssystem ein Ende zu machen, welches die Prothe an die Eltern stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen.

Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiterbewegung in diesem Stile, die Kirche mit ihren reichen Machtmitteln stände zu einer solchen Organisation in Opposition, nur ganz vereinigte Individuen aus den Reihen der Arbeiterschaften wären ethisch genug, die von ihnen verlangte Mächtigkeit des sozialistischen Prinzips durch die That zu bezeugen. Keine Partei stellt und die fleißigen Arbeiter, die Schädel des Reichstums, mit den über bleibenden Broden abpeitscht, so ständen sich nur wenige aus den anderen Parteien, welche für die Sache des Proletariats eintraten. Die gelämmte in den Händen der Parteien befindliche Preise sei gegen eine Arbeiter

treffen und lokalen Fragen eine Reihe zur Beratung gestellter Resolutionen. Mit Stimmabstimmung wurden alle schottischen Arbeiter aufgefordert, sich einer Organisation anzuschließen, welche die Wahl von Arbeitervertretern ins Parlament bezweckt. Diese Vertreter hätten sich abseits von jeder anderen Partei zu halten und direkt auf das sozialistische Programm verpflichtet sein. Damit hätte der Kongress gleichzeitig die Antwort gegeben auf die seitens des Vabous Park ergangene Aufforderung, sich bei den Wahlen der Stimmabgabe zu enthalten. Noch schärfer als in dieser Resolution wurde das Zusammengehen mit anderen Parteien in der weiteren Entwicklung abgewiesen, wonach der Kongress erklärte, daß das Problem, der Notstand und dem Ende der Arbeitlosen zu steuern, nur in einer Organisation des industriellen Systems in der Gesellschaft auf sozialistischer Basis gelöst werden könne.

"Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und die Haltung der Behörden",

lautete das Thema, welches am 23. Januar in fünf öffentlichen Versammlungen in der Arbeitslosen Verhörszeit zur Tagesordnung stand. Lebe dieser Versammlungen war außerordentlich stark besucht. Es referierten die Reichstagsabgeordneten Bleibtrecht, Singer, Fischer, Schmidt und Boghter, die sozialdemokratischen Vertreter der Hauptstadt. Aus den Referaten gehen wie folgendes hervor:

Bleibrecht: Notstand und Arbeitslosigkeit sei keine vorübergehende Erscheinung, sondern die nördliche, unausbleibliche Folge der heutigen Wirtschaftswelt. Der Notstand sei ein allgemeiner, die Lösung der sozialen Frage müsse innerhalb der einzelnen Staaten erfolgen. Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung die soziale Frage nicht über Nacht lösen kann, aber wir könnten verlangen, daß sie die erforderlichen Maßnahmen hierzu vorbereite. In erster Reihe hätten die Gemeinden zur Vindication des Notstandsbeitrags. Unsere Genossen im roten Hause hätten sich redlich in dieser Beziehung bemüht, allerdings nur mit halbem Erfolg. Die Worte des Stadtbaurats Hobrecht, daß man den Notstand nicht öffentlich anerkennen dürfe, weil dadurch die Arbeitslosen gefordert werde, seien ein Frevel. Zu fordern sei ferner eine Arbeitslosenstiftung durch Gemeinde und Staat. Ferner haben wir zu fordern, eine Verkürzung der Arbeitszeit, einen Normalarbeitszeit, ebenso die Belohnung von Arbeitsgelegenheiten und zwar nicht nur durch einzelne Gemeinden, sondern vom ganzen Blatt. Anstatt unschuldige Kolonialpolitik zu treiben, sollte man fruchtbildende Kulturarbeiten innerhalb der eigenen Landesgrenzen ausführen. Das hierzu erforderliche Geld sei vorhanden. Allerdings werde dies heute gebraucht für den Militarismus. Zweidrittel des Staates sei, für die Wohlfahrt jedes Einzelnen zu sorgen, nicht aber für den Militarismus. Für die richtigen Armen geschehe nichts. Die "armen notleidenden Landwirthe" schreien, daß ihnen geholfen werde und ihnen werde geholfen durch Nebengaben aller Art. Wenn das arbeitende Volk spreche, habe es gleich die Polizei beim Willen. Wenn die Waffen die der Militarismus verschlingt, verwendet würden zur Abhöhung kultureller Arbeiten, so würde schon heute keiner Not zu leiden brauchen.

Singer: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt die Sozialdemokratie als erstes Mittel die Verkürzung der Arbeitszeit. Gibt es etwas Einfacheres, als diese Verkürzung in den städtischen Betrieben einzutreten zu lassen? Sogar bei dem alten Harmonieduster Max Hirsch sei neuerdings die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit aufgedämmert. In England habe der Kriegsminister in den ihm unterstehenden Betrieben den Achtsumentstand eingeführt, und was in England möglich, sollte doch auch bei uns zu erzielen sein. Der Staatssekretär des Innern — in England habe ferner in diesen Tagen erklärt, auf eine Anfrage John Burns, daß die Regierung ein Gesetz vorbereitet für die Verkürzung der Arbeitszeit in den chemischen Betrieben, und nannte dabei die zwölftägige Arbeitszeit eine unvernünftig lange. Er wies auch nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitsprodukt und damit den Unternehmergegenwart nicht vermindere, aber die gefundene Verhältnisse der Arbeiter bessere. So anerkennenswert dieses Vorgehen der englischen Regierung sei, so beschämend sei es für uns, daß wir das Bravo nicht der deutschen Regierung zuzusehen können. Die Verkürzung der Arbeitszeit verteidigt nicht bloß die Wahl der Arbeitslosen, sondern ermöglicht auch eine bessere Ausrüstung des Proletariats mit geistigen Waffen.

Neben der Verkürzung der Arbeitszeit fordern wir Verbots der Sonntags- und Kinderarbeit und Gleichstellung der Frauenarbeit, und zu vermeiden, daß die Frau dem Manne zum Vorbild wird. Die Art, wie die bürgerliche Gesellschaft die Notstandsfrau behandelt, gezeige den Mangel an Verständnis und an gutem Willen, was Redner an der Behandlung der sozialdemokratischen Notstandsanträge im Plenum und in der Kommission der Stadtoberordneten-Versammlung und an der Vorlesung bemüht, mit welcher die Regierung immer neue Millionen Steuern für den Militarismus dem Volke aufsteige. Den Gefallen, sich zu unbekannten Schülern hinzu zu lassen, that die Arbeiterschaft der Bourgeoisie nicht. Solche Unkenntlichkeit möchte leicht zum Vorwand dienen, um der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht zu rauben. Alle Berichte über die Donnerstag-Versammlung stimmen darin überein, daß die Arbeitslosen in der größten Ruhe auseinandergegangen. Trotz dieser Ruhe erlebten wir auf der Straße ein Schauspiel, das wahrscheinlich für einen Künstler ist. Man sah einen blutigen Hahn geben, als daß die Gummischläuche und Säbel, die Pferde, mit welchen die Polizei in die Werkslokalen eintritt, von dem Gelde derjenigen mitbezahlt sind, welche von ihnen getroffen wurden? Der Polizeipräsident solle eine Untersuchung der Sache angeordnet haben. Was sollte dabei aber Neues herauskommen? Ein starkes Aufsehen von Polizeibeamten könnte doch nicht ohne Kenntnis der Schäden geschehen sein?

Fischer: Ich ebenfalls schärfte Kritik an dem Verhalten der Polizei und bemerkte weiter: Gegenüber der Thatsache, daß viele durch wochen- und monatslange Arbeitslosigkeit zu einer unerträglichen Lebensgestaltung gezwungen sind, ist es nicht nötig, wie von unseren Gegnern stets behauptet wird, die Waffen aufzubringen zur Unzufriedenheit. Die Massen müssen natürlich, wenn sie ganz von selbst unzufrieden werden, an uns liegt es, Aufführung zu verschaffen, die Unzufriedenheit in richtige Bahnen zu lenken, damit sie auch zu einem Resultat führen. Die am

meisten Unzufriedenen sind Diejenigen, welche stets im größten Überfluß leben und immer weitere Forderungen um neue Millionen auf Kosten der notleidenden Bevölkerungsschicht stellen. Warum sollen nach diesem Beispiel die wirklich Notleidenden nicht unzufrieden sein? Warum sollen sie nicht das Recht haben, ihre Forderungen an Staat und Parlament zu richten? Wenn sich die Arbeiter eins sind, können sie ihre Forderungen in demselben Maße mit Nachdruck erheben, wie Zene, dann wird auch ihnen gegenüber die Regierung gefügiger sein. Das die Besammlungen auch Parteizwecken dienen, wie Gegner behaupten, trifft in gewissem Sinne zu. Innerer neue Kämpfer sollen gewonnen werden, um diesen Zuständen ein Ende zu machen, das ist nicht nur Recht, sondern Pflicht der Partei.

Schmidt: Die Arbeiterschaft ist noch nie von der Berliner Polizei besonders häßlich behandelt worden; Angeklagt solcher Haßförderung, wie sie am 18. Januar durch die Polizei geschah, ist die Geduld der Massen bewundernswert. Es ist unerhört, daß der Arbeiter, den die Gesellschaft von ihrem Tisch abstoßen, zu allem Zeit noch die körperliche Rückbildung ertragen soll. Mögen die Brandtafeln dieser That beben, daß noch ein Tag kommen wird, wo Regenstaat für die Thaten gefordert wird. Leider kann die sozialdemokratische Partei den Arbeitlosen nicht in der Welt gegenwärtig helfen, daß sie denselben Arbeit anweist. Sie kann das nur von den heutigen Machthabern fordern.

Boghter: Für den herrschenden Notstand herrsche in maßgebenden Kreisen kein Verständniß. Man lebt wie in der Zeit der Attentate. Das "rote Gelehrte" werde wieder hervorgeschickt, um Veranlassung zum Erstarr von Zwangsmaßnahmen zu finden, um die kapitalistische Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen. Der "Kochtopf" in der französischen Kammer, die That eines Wagnisnimmers, sei charakteristisch, hierfür. Ansatz den Wagnisnimmers alle Wagnisnimmer zu behandeln, verurteilte man ihn zum Tode, erhielt Aufnahmegerüste und knebelte die Feste. Der angebliche Kampf gegen den Anarchismus sei gegen die fortstehende Sozialdemokratie gerichtet. Daraus hätten wir zu lernen, daß wir diesem heuchlerischen Spiele nicht Abschluß zu leisten haben. Redner kam bei dieser Gelegenheit auf die letzten BORGARDEN im Friedrichshain zu sprechen. Hier geltet es, nicht herauszufordern und sich nicht herausfordern zu lassen. Wir werden dieses Spiel vereiteln.

In sämtlichen Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

"Die Versammlung in der Überzeugung, daß Kreisen, wie die gegenwärtige, mit dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem unvereinbar verbunden sind und nur beseitigt werden können, wenn an Stelle der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen ein fairer Gleichvertrag aller verhindernden Gütererzeugung und Ausbau des Systemes Wohl greift, wie es der Sozialismus erstrebt. Die gegenwärtig herrschende Not, welche bei den meisten der Betroffenen durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit, wie durch die Härten des Winters den höchsten Grad erreicht hat, erhebt jedoch sozialistisch sofortige und ausreichende Hilfe. Die Bekämpfung verlangt daher, daß in erster Linie die Bedürfnisse im Reich, Staat und Gemeinden der Verpflichtung nachkommen, der zu einer öffentlichen Katastrophe gewordenen Arbeitslosigkeit dadurch nach Möglichkeit zu steuern, daß sie durch soziale Finanzierungsmaßnahmen von Arbeitern im allgemeinen Interesse Beschäftigung schaffen und durch die Verstärkung der Arbeitszeit bei den Gewerbebetrieben des Reichs, des Staates und der Gemeinden beschäftigten Arbeiter die Einstellung bisher unbeschäftigter Personen ermöglichen. Eine Belegerung der in Frage kommenden Behörden, in dem verlangten Sinne vorzugehen, erachtet die Versammlung als schwerwiegende Schädigung der allgemeinen Interessen und weist die zuständigen Gewalten auf die große Verantwortung hin, die sie dadurch auf sich nehmen. Die Versammlung protestiert gegen das Auftreten der Polizei-Darlehen gegenüber der letzten Arbeitslosen-Versammlung am Friedrichshain — ein Auftreten, das geeignet war, das Volk zu gewalttätiger Verhöhlung seiner Rechte herauszufordern und einen Konflikt heraufzuföhren, der unter den obwaltenden Verhältnissen nur den Feinden der Arbeitlosen erwünscht sein könnte."

Abgelesen davon, daß ein Anarchist, ein gewisser Dr. Guimond kommt, wegen provokatorischer Phrasen verhaftet wurde, verließen sämtliche Versammlungen in geheimer Ordnung.

Zur Lage der nordböhmischen Steinarbeiter wird uns geschildert: Die nordböhmischen Granit-Steinarbeiter teilen sich in Steinpflaster und Steinmeyer. Der Steinmeyer hier kann zugleich Steinpflaster und umgekehrt kann der Steinpflaster wiederum Steinmeyer sein, was auch in den meisten Fällen vorkommt; demzufolge betrifft die elende Lage den einen wie den Anderen, und warum?

Die Steinarbeiter müssen hier alle unter freiem Himmel unsere schwere Arbeit verrichten; da gibt es kein schützendes Dach, welches und im Sommer vor der sengenden Sonnenhitze oder dem frönenenden Regen, noch vor des Winters strenger Kälte bewahrt. Es werden hier die Steine zum größten Theile in Wäldern gehoben und zugleich rein bearbeitet. Da geht es keine Rücksicht, durch welche man nur ein Blümchen vor den Einflüssen der Witterung geschützt wäre, bis auf einige sehr mangelfreie Ausnahmen. Es ist ja auch nicht anders denkbar; wie lämmt denn die Herren Meister dazu, für die schwer erwerbende" Gelb" den Arbeitern noch zum Schutz vor Witterungseinflüssen eine Rücksicht zu haben. Ist man da auch bis auf die Haut durchdrückt, oder sind die Glieder auch stief gefroren: kommt man dann nach Hause, trocknet und erwärmt man sich schon wieder. Der Tag dauert ja nur von früh bis Abends, die Haustafel ist, nur auszuhalten.

Dieses Gesetz ist aber noch lange nicht das Schlussmeste, dies ließe sich wohl überwinden, wenn nur alles Andere in Ordnung wäre. Da haben wir ein Wohnverhältnis, was gar Vieles zu wünschen übrig läßt.

Trotz aller Schwierigkeiten, denn nur so kann man unsere Arbeit nennen, ist es schwer, nur das nackte Leben durchzuhalten. Steht einem Familienvater nicht eine Frau zur Seite, welche hilft lästig mitzutragen, dann geht's schief, denn dann wachsen die Schulden über den Kopf.

Ja, aber woraus entspringen solche Verhältnisse, wer ist Schuld, daß es so ist? In erster Reihe die Steinarbeiter selbst,

in zweiter Reihe die Meister.

Warum die Arbeiter schuld sind, soll weiter unten gesagt werden, wie wollen hier zuerst die kleinere Schuld der Meister vorlegen.

Es ist mit wenig Worten gesagt: Die Meister, ihre unbekannnen Konkurrenz, ihr gegenüberliegender Kleiner und ihre Habucht schaffen die schlechten Verhältnisse.

In den Bezirken Reichenberg und Gablonz herrscht alle Jahre eine rege Bautätigkeit, namentlich im letzteren Bezirk; es haben sich da auch eine ganz ansehnliche Anzahl Bau-, Zimmerer-, Maurer- und Steinmetzmeister angesiedelt; welche aufzuführenden Bauarbeiten in Alsbach übernommen, und was das zu bedeuten hat, kann sich jeder deutscher denken.

Untere Meister gehen bei Übernahme von Arbeiten geradezu in verlebter Weise gegen das Gewerbe sowie gegen die ganze Steinarbeiterschaft vor. Soll irgendwo ein Bau aufgeführt werden, wozu ein lächerlich kleines Quantum unserer Arbeiten erforderlich ist, so laufen womöglich alle Meister, vielleicht acht oder zehn, wenn nicht noch mehr, zu dem betreffenden Baumeister hin und bieten ihre Waren an; es ist ein lärmvolles Treffen. Der erste gibt die Preise ab usw., bis alle durch sind, dann geht das Unterbiets los; der am billigsten liefert, geht als Sieger hervor. Rücksicht wird nichts dabei, denn die Meister rechnen: "So viel muß ich wegnehmen, das kostet der Stein, das gebe ich dem Fuhrmann, so viel kommen auf Steigereinlagen, ist dann noch etwas übrig — bekommt der Arbeiter."

Weil aber der Meister gut gerechnet hat, bleibt so viel, daß es zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel ist.

Von einer bestimmten Arbeitszeit, Sonntagsruhe, geregeltem Gehalt und so weiter zu erheben ist keine Spur, die Verordnungen scheinen unter Gewerbe nichts anzugeben. Wie es aber mit dem Berechnen der Arbeitszeit und der Auszahlung derselben geht, geht über alle Begriffe.

Was die Abrechnung und Entlohnung betrifft, müssen wir schon gestehen, daß wir uns insgesamt nicht über Plankosten zu beschweren haben.

Wir sind weit entfernt, diese und alle die hier nicht erwähnten Mitgliedschaften einzig und allein den Meistern aufzufallen; nein, obwohl die leichten, die größte Schulden tragen, so müssen wir sagen, die Arbeiter selbst haben es dahin gebracht, daß solche Verhältnisse in einem Gewerbe platzgreifen konnten.

Um allen diesen schändlichen Uebeln im Gewerbe abzuheben und entgegenzuwirken, gründete sich vor ungefähr drei Jahren ein Fachverein der Steinmeier, welcher seine Tätigkeit auf den Reichenberger Handelskammerbezirk erstreckt und heute in einen Fachverband der Steinarbeiter umgewandelt wurde, in dessen Versammlungen die Lage der Steinarbeiter besprochen und die Mittel und Wege zur Besserung beraten werden sollen.

In der ersten Zeit schien es auch wirklich, als wenn es die Steinarbeiter ernst mit der Ausbeutung ihrer Lage meinten, da der Verein über 100 Mitglieder zählte. Aber die meisten haben einen einzigen Monatsbeitrag gezahlt, sind aber um keine Versammlung geschritten, ja selbst Vorstandmitglieder haben sich sagen, die Arbeiter selbst haben es dahin gebracht, daß solche Verhältnisse in einem Gewerbe platzgreifen konnten.

Um allen diesen schändlichen Uebeln im Gewerbe abzuheben und entgegenzuwirken, gründete sich vor ungefähr drei Jahren ein Fachverein der Steinmeier, welcher seine Tätigkeit auf politischem und kulturellem Gebiete ausdehnen will, und darum seien wir bald befreit gegen viele.

Dessen ungeachtet schreien die besonnenen Mitglieder auf der betroffenen Bahn vorwärts, in der Überzeugung, daß unsere Lage, wenn auch mit Schwierigkeiten, doch verbessert werden kann. Wissen wir doch, daß unsere Erzeugnisse keine Luxusartikel sind, welche in kurzer Zeit unbrauchbar und durch neue ersetzt werden müssen, sondern die Mutter Natur hat dafür gesorgt, daß unsere Erzeugnisse nicht verschanden, und wenn sie nicht mußwillig ruiniert werden, Jahrhunderte, selbst Jahrtausende ihren Zweck erfüllen können.

Dafür soll jedes Steinarbeiter auf seine Arbeit auch entsprechender Vorsicht gezeigt werden, damit wir nicht mit unseren Angehörigen trotz allen Schaffens dem heissen Elend preisgegeben sind.

Situationsberichte.

Maurer.

Wandsbek. In der am 28. Januar tagenden Mitgliederversammlung des Central-Vereins der Maurer, Ziegel-, Stein-, Wandbretter, referierte Genosse F. Dietrich aus Hamburg über: "Gewerbschäden und Sozialdemokratie". Unter Bezugnahme der Begründung auf dem Kölner Parteitag bemerkte Redner in seinem äußerst verständlichen Ausführungen u. a.:

Was die Sozialdemokratie auf politischem, das eritreten die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete und darum seien auch beide nicht zu trennen. Rücksicht eines jeden Arbeiters sei es, sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Kampfe durch Stärkung beider Organisationen kräftigen Anteil zu nehmen. Nachdem durch den Delegierten Bericht vom Gewerkschaftsrat erläutert worden, wurde ein Schreiben der hiesigen Baubücher verlesen, worin diese mitteilte, daß der Zarl der Hamburger Innung im Allgemeinen anerkannt werde. Doch sollte es jedem Mitgliede der "Baubücher" freigesetzt, in der längeren Arbeitszeit die Stunden je nach Lage und Bedeutung zu verteilen. Beschllossen wurde, schon vom Februar ab strikte nach obigem Tarif zu arbeiten, mit Innehalten der Besperpaus. Eine Anfrage, warum die Versammlungen nicht besser besucht werden müßten, wurde dahin beantwortet, daß nicht allein die schlechte Gewerkschaftsposition, sondern auch der Zifferdifferentialismus und die Interessenschlüssigkeit vieler der befreit stützenden Kollegen die Schuld trage. Eine zweiten Frage, ob es mit der politischen sowie Gewerkschaftsorganisation vereinbar sei, wenn jemand außer den beiden erfragten noch eine Arbeitgeberorganisation angehöre, wurde die Antwort: Wenn die letztere nicht auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung steht, sei dieses nicht mit den Prinzipien in Einfang zu bringen und zu verbrennen. Da die Tagessordnung erschöpft, erfolgte um 10½ Uhr Schluß. Die nächste Versammlung, zugleich Jahres-Hauptversammlung, findet am 6. Februar statt.

Hamburg. Am 25. Januar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Baubüste Hamburg statt mit der Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation. 2. Wahl des Delegierten zum zweiten Verbandsstage. 3. Innere Verbandsangelegenheiten. Nach der Protokollüberleitung erhob der Baudienstleiter dem Referenten, Kollegen O. Hartwig, das Wort. Dieser schrie: "Aus diesem sei eigentlich ein Thema, welches wegen seiner vielschalen Erörterungen garnicht mehr besprochen zu werden braucht, wenn es nicht zu gleicher Zeit das wichtigste in der Gewerkschaftsbewegung wäre, da in demselben die Grundsätze erörtert werden. Nur sei bestimmtlich in der letzten Zeit die Gewerkschaftsbewegung von Seiten der Gegner höchst angegriffen, so durch Entstellung und Verbreitung von Reden der hervorragendsten Arbeitersöhne. Ebenso sucht die feinen Blätter des Unternehmens zu beweisen, daß die

Ober den Gegenleistungen nicht entsprach, auch seien die ersten Arbeiterschäfer Gegner der Gewerkschaftsbewegung. Zu den englischen Arbeiterschäfern übergehend, schäferte der Redner, was für ungeheure Geldsummen dort allein für Prozesskosten aufgebracht werden müssten. So seien u. A. im Jahre 1805 drei Seefahrer zu drei Monaten Haft verurteilt und verdreimal mehr, bis 1824 den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt wurde. Redner wurde es ihnen 1825 schon wieder genommen, und nur zum dritten Bett, wo dieselben so heftig protestierten, für ihre Freiheit gekämpft haben, denn schon 1824 wurden mehrere Arbeitern zu siebenjähriger Deportation nach dem Innenraum verbannt. 1848 war der große Verschwörungsprojekt gegen 21. Märtter; dieselben wurden aber nachträglich infolge des großen Gegenprotests wieder freigesprochen. Der Scheiterhafer Gesetzgeber veruntreute mehrere Arbeitern sogar zu zehnjähriger Deportation, und nur die höchste Infanz gab denjenigen ihre Freiheit wieder. Die Moschinenbauer von Newton mussten 1847 „nur“ M. 20.000 Gerichtskosten bezahlen, die Schleifer Sheffields M. 24.000, die Büchsenmacher von Balsverhampton sogar M. 77.100, also von drei Korporationen innerhalb dreier Jahre über M. 150.000 Gerichts- und Prozeßkosten, und trotzdem gingen sie unerschrocken ihrem Ziel nach, bis sie endlich 1859 den Sieg, das volle Koalitionsrecht, errungen hätten und bis heute noch von keinem anderen Lande eingeholt worden seien. Des Ferneren führte der Referent an der Hand der Thatsachen den Beweis, wie die Arbeiterorganisationen vom Mutterunternehmer und Ausbeuterherrn einerseits gehaftet, wie sie über auch schon andererseits gefürchtet werden. Die Organisationen müßten eine Schule für die Allgemeinheit sein, indem sie nicht nur für den Kampf um besseres Lohn und Arbeitsbedingungen gerüstet seien, sondern auch die Gedanken darüber hinaus auf alle Lebens- und Existenzbedingungen richten müssten. Gwar sei es gerade die Rätselfrage, welche die Arbeiter aus ihrem Stumpfmus aufstelle und sie zu allen höheren Verstreichen antriebe. Grade der Rohrbläster sei es, welcher Disziplin, Wappenschütz, Opfermuth und vor allen Dingen ein entschütterndes Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern hervorruft. Ferner geige die Gewerkschaftsbewegung, daß die Machthabenden Arbeitern nicht zum Fluch, sondern zum Segen werden können; wenn es die Arbeiters nur eiseln und sich alle ihren Berufsorganisationen anschließen wollten, dann bliebe ihnen auch Bett, sich die Schäfe der Geistesbildung anzueignen, und daß die Gewerkschaftsbewegung in dieser Hinsicht schon Bries und Großes gebtan, das würde wohl heute Niemand mehr zu leugnen wagen. Hieraus kam der Redner auf die Höhe der Beziehungen zu sprechen und meinte, daß das Gespräch, hohe Beiträge ruinieren die Organisationen, ganz falsch und grundlos sei, denn gerade die Organisationen mit hohen Beiträgen seien am besten daran, z.B. die Buchdrucker, Holzmacher und Zigarettenfabrikanten, die von 20 bis 40 Mark pro Jahr bezahlen, die ständen am besten da, und so forderte er die Kollegen und den zu wählenden Vertreter auf, mit aller Kraft und Energie dafür zu wirken, daß die Beiträge auf keinen Fall erniedrigt würden, denn ohne Leistung gebe es auch keine Gegenleistung, und wenn es erst dahin käme, daß, wenn das Jahr sei und sei und wenn Kompromiss doch nicht vermehrt habe, dann sei es auch bald mit weiterem Verbande zu Ende. Darum vorwärts und nicht rückwärts, nicht das eigene Ich, sondern die Gemeinsamkeit im Auge, nicht die paar Mark Beiträge gescheit, die werden ihre Sinnen schon zur rechten Zeit tragen. Reichen und langanhaltender Besitz schüte dem Arbeitern für seinen gut durchdachten und allgemein verständlichen Vortrag. Da zur Diskussion Niemand das Wort wünschte, so wurde zum zweiten Punkt fortgeschriften, und wurden durch Zuruf die Kollegen H. Schlichting, H. Budendaal und H. Traupe zu Wahlkommissionen ernannt. Das Resultat ergab, daß 75 Mitglieder anwanden waren, wovon 74 für den Kollegen C. Weinger stimmten, während eine Stimme ungültig war, ein trauriges Zeichen und ein noch traurigeres Zeichen für den Betriebsenden, der trotz der Ernennung des Bevollmächtigten noch mit dem Stimmenthalt auftrug. Im dritten Punkt der des Bevollmächtigte die Anwesenden auf, für recht regen Befehl der Bevollmächtigte zur Verhandlung zu sorgen, da die gesammte bessliche Betreuung neu zu wählen sei.

Eckertor fürde. Am 27. Januar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der kleinen Bahnhöfe des Centralverbandes statt. Nachdem die Versammlung um 8½ Uhr durch den Bevollmächtigten J. Löder eröffnet, fand zunächst die Wahl eines Delegierten zum zweiten Verbandstage statt. Auf Anregung von Hirschburg wurde der dasselbe gewählte Kollege J. Schatz mit 14 Stimmen zum Delegierten gewählt. Kollege J. Löder erhielt eine Stimme. Hierauf fand die Wahl der örtlichen Beratung statt. Gewählt wurden J. Löder, Bevollmächtigter, H. Hüsemann, Stellvertreter, J. Dittmer, Kassier, E. Dietrichsen, Stellvertreter, D. Jäger, Schriftführer. Zu Beschluss wurden gewählt H. Jürgensen, H. Eichendorff und H. Schmidt. Zum Verbreiter des „Grundstein“ erbot sich H. Schulz freiwillig. Nachdem noch vom Bevollmächtigten auf die mangelfahe Aufführung der Statistikbücher hingewiesen und die Mitglieder ermahnt worden, der Statistik in Zukunft mehr Pflege zu widmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Nordernen. In unserer letzten Versammlung wurde F. W. Westerholz in Delmenhorst zum Delegierten gewählt. Der Witterung wegen sind mehrere Kollegen abgezogen, daher war die Versammlung schwach besucht. Auch wurde beschlossen, zur Anlage einer Bibliothek einige Bücher schicken zu lassen; zu diesem Zwecke wurden vier Mitglieder gewählt, die vorhandenen Bücher auszujuchen. Nachdem der Bevollmächtigte die Befreiungen zur Neuwohl der örtlichen Beratung bekannt gemacht wurde, beschlossen, zu der am 7. Februar stattfindenden Versammlung im „Grundstein“ zu zahlreicher Beteiligung einzuladen. Am 11. Februar, dem zweijährigen Stiftungstage bessiger Bahnhöfe, werden sich die Mitglieder zum gemütlichen Kommen versammeln. Es würde noch über die Rothenwendligkeit der Errichtung eines Gewerbeberichtes an hiesigen Orte gesprochen, doch soll Weiteres abgewartet werden, da diese Angelegenheit von anderer Seite in die Wege geleitet ist.

Delmenhorst. Am 24. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung der kleinen Bahnhöfe statt. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, gab er bekannt, daß am 23. der Kollege Fink nach längem schwerem Leben an der Proletarierkrankheit dahingeflößt sei; er ersuchte die Anwesenden Fink's Andenken durch Erheben von den Eichen zu ehren und die weiteren Angelegenheiten in dieser Sothe im dritten Punkt zu erledigen. Dann wurde der Kollege F. v. W. Westerholz als Kandidat von der kleinen Bahnhöfe für den

11. Wahlkreis aufgestellt. Als Kandidaten (D. Nied.) zu dieser Wahl wurden die Kollegen Pels, Schulze und Schäfer gewählt. Hierauf gab der Vorsitzende die Namen der in den anderen Bahnhöfen aufgestellten Kandidaten für den 11. Wahlkreis bekannt und konnte somit statutengemäß zur Wahl geschritten werden, in welcher der Kollege Westerholz 44 Stimmen erhielt. Nachdem dann ein neues Mitglied aufgenommen und einige Beiträge entrichtet waren, stellte Kollege Schulz u. den Antrag, dem Dahingeschobenen einen Antrag zu senden und ihm das Geleit zu geben. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, im Vereinslokal zu versammeln. Unter Berücksichtigung, Herr Duwe, hat ein Trauerensemble angekündigt, wodurch der Zug eine geschlossene Haltung gewinnen wird, wofür er unteren besten Dank erhielt. Der Bevollmächtigte gab schließlich noch bekannt, daß in 14 Tagen die Generalversammlung stattfindet und jedes Mitglied verpflichtet ist, zu erscheinen, da die Vorstandsmahl stattfindet.

Berlin. Eine Mitgliederversammlung der Bahnhöfe Berlin II

lagte am Sonntag, den 21. Januar, in dem Hotel „Zum Märchenhof“, Admiralsstraße 18a. Vor Eintritt in die Tagessitzung begleitete der Bevollmächtigte die Mitglieder in neuen Zähnen und ermahnte dieselben zur regen Agitation für den Verband. Im Anschluß hieran hielt derselbe dann einen Vortrag über: „Die Mißstände im Maurergewerbe“, wobei er auch die Einigungsklage, die die Berliner Maurer jetzt beschäftigt, kurz berührte, dertelten den besten Erfolg wünschend. In der darauf folgenden Wahl eines Delegierten zum Verbandstage fielen von 10 abgegebenen Stimmen 89 auf den Kollegen Gröpler und 1 auf den Kollegen Hoffmann. Ersterer war somit gewählt. Hierauf wurde vom Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelegt. Einnahme insklusive aller Verlust M. 122,11, Ausgabe M. 456,52, bleibt Verlust M. 155,59. Nachdem die Kassirer die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde dem Kassirer Discharge ertheilt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. D. In der Versammlung vom 21. d. Monat folgende Tagessitzung zur Verhandlung: Wahl eines Delegierten zum zweiten Verbandstage und Beschiedenes. Der Bevollmächtigte machte bekannt, daß außer Frankfurt noch Kassel und Bielefeld einen Kandidaten aufgestellt hätten, wie möchten für Einen der beiden stimmen. Dieses wurde jedoch rückwärts abgelehnt und unter Kollege G. Schulz von Frankfurt einstimmig gewählt. Im Punkt „Beschiedenes“ entnahm sich eine lebhafte Debatte über die restirenden Mitglieder und wurde der Bevollmächtigte, dieselben aufzusordern, ihren Verpflichtungen nachzuhören.

Bautzen. Hierzußt am 21. Januar stattgefunden öffentliche Maurerversammlung beschäftigte sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1. auf den Kollegen Hoffmann. Ersterer war somit gewählt. Hierauf wurde vom Kassirer die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelegt. Einnahme insklusive aller Verlust M. 122,11, Ausgabe M. 456,52, bleibt Verlust M. 155,59. Nachdem die Kassirer die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wurde dem Kassirer Discharge ertheilt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Herford. In der am Sonntag, den 28. Januar, abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung, die nur mäßig besucht war, referierte Genossen Klingenberg über Bied und Nutzen der Organisation. Nach dem beschäftigt aufgenommenen Bericht sprach die Versammlung in einer Resolution, für den Ausbau der Gewerkschaften mit allen Kräften Sorge zu tragen. Hierauf erließte Genossen Seering den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Kartells, dabei betonten, daß, wenn auch das Kartell seit der Zeit des Vorfahrens (November 1893) noch nichts Bedeutendes geteilt habe, dennoch der Verlust des Arbeiters nicht zu unterschätzen sei. Das vorgeschlagene Statut wurde ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. Zum vierten Punkte der Tagessitzung lag folgende Resolution vor: „Das Kartell beantragt: Die Versammlung möge beschließen, die Bibliotheken der einzelnen Gewerkschaften zu einer Union zu vereinigen.“ In der Debatte, die eine recht lebhafte war, erklärte die Polizei, daß sie einfließende abnehmend verhalten würden. Der Antrag wurde dann auch gegen die Stimmen einiger Holzarbeiter angenommen. Genossen Schulz u. n. Bielefeld blieb, bei etwaigen Neubestellungen den Vertrag an Büchern und Schriften bei der Buchhandlung der „Vollswacht“, die doch tatsächlich Parteibuchhandlung sei und nicht Eigentum eines Einzelnen, zu bedenken. Hierauf wurde vom Vorsitzenden vorgelesen, in diesem Jahre eine Lohnforderung an die Meister zu schicken, um sowohl diesen als auch den Gesellen einen bestimmten Lohnsatz als Anhalt für das bevorstehende Frühjahr zu geben. Es wurde von der Versammlung eine Kommission von 7 Personen gewählt, welche sich mit der Agitation und den nächsten Versammlungen an beschäftigen hat. Nachdem dieser Punkt erledigt, wurde zur Delegiertenauswahl geschritten und der Antrag erließt, einen Delegierten aus unserer Mitte zu wählen. Vorgesetzten wurde Ernst Berger, für den dann 41 Stimmen abgegeben wurden. 36 Stimmen wurden für Henning abgegeben. Die Versammlung war von 40 Mann befreit.

Aachen. Anfolge der schlechten Organisation der hiesigen Arbeiter, und besonders der Bauarbeiter, ist die Lohnsituation nirgends größer im Schwange, als gerade hier. Durch die angrenzenden Nachbarländer Belgien und Holland wird unsere Stadt geradezu von Ausländern überwältigt. Nun ist die Lebenshaltung der ausländischen Arbeiter bedeutend billiger; dieselben haben durch eingelegte Arbeiterzölle täglich Gelegenheit, sich von der Arbeit transportiert zu werden. Hier produzieren sie, in ihrer Heimat aber, wo alles bedeutend billiger ist, konsumieren sie. Da sie nun in ihren Ansprüchen bedeutend befehlender sind, und sie können es auch, so werden dieselben von den Unternehmern geradezu bevorzugt. In ihrer Heimat, wo überhaupt noch nicht einmal der Schulbesuch obligatorisch ist, haben sie keine Ahnung vom öffentlichen Leben. Es wird nun aller Macht der hiesigen Arbeiter, und speziell der organisierten, bedürfen, die selben auszulösen, ihnen überzubringen die elementarsten Kenntnisse auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens zu bringen. Hier haben aber zu allererst die Blöcke, dem Verbande beigetreten und den Ausländern mit gutem Beispiel voranzugehen; denn seien dieselben, daß der Blöcke sich nicht einzigt, so werden sie sagen: „Behalte mich vor solchen Leuten, die selbst eineinzig sind!“ Es ist ja eine leider traurige Thatache, daß durch die jegliche Arbeitslosigkeit die Kollegen noch nicht einmal Kleidung, geschweige Geld haben, um in die Versammlungen zu kommen. Umso mehr aber ist das Fernbleiben von den Versammlungen zu verurtheilen von denen, die es noch können. Denjenigen aber, die es nicht können, kann ich nur empfehlen: Werkt es Euch, Kollegen, wie Ihr jetzt sitzt, wie der Hunger bei Euch läßtlicher Gast ist und nur graues Kind Eurer Frauen und Kinder looßt — merkt es Euch und wenn Ihr wieder in Arbeit seid, dann agitirt und werdet neue Mitglieder für unseren Verband, dem nur durch festen Zusammenschluß kann eine Änderung zum Besseren erzielt werden! Ich mache die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß die nächste Versammlung Sonntag, den 11. Februar, Morgens 11 Uhr, bei Formann's, Markt 27, abgehalten wird, in welcher die Neuwahl des Vorstandes stattfindet. Ich hoffe die Kollegen, ähnlich zu erscheinen.

Bauhandwerker.

Oberhausen. Am Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 8 Uhr, fand bei Herrn Jakob Winter eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Kollege H. Lorenz aus Hamburg einen Vortrag über „Die jüngste wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der jüngsten Zeit“ hörte. Die jüngste wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der jüngsten Zeit eine sehr traurige sei und die Arbeitslosigkeit immer mehr zunehme. Zäufende von Arbeitern treten auf der Handelsstraße umher und suchen vergeblich Arbeit. Die Ursache dieser traurigen Verhältnisse sei die Maschinenarbeiter und die Dampfkraft. Zäufende von Arbeitern werden durch die Dampfstrafe erlegt und sind dem Vogabund und Stromleben ausgesetzt. Durch die vielen Arbeitslosen werden die Löhne immer schlechter, so daß es dem Arbeiter nicht mehr möglich

ist, sich eine bessere Lebensweise, wie sie einem Menschen kommt, zu gönnen, er kann sich und seine Familie nicht mehr anständig leiden und keine bessere Nahrung zu sich nehmen. Dadurch erleidet die Rebezeugung, der schlechte Geschäftsgang. Würde aber dem Arbeiter ein besseres Lohn gegeben, daß er sich und seine Familie Kleidung und Raupfung kaufen könnte, so wären die Mißstände nicht so schlimm. Ebenso ist es auch mit den Kleinhandwerkern. Durch die Dampfmaschinenbetrieb wird die Erfindung von tausenden Kleinhandwerkern untergraben und in das Proletariat herabgedrückt, indem sie nicht die nötigen Geldmittel haben, sich Dampfstrafe laufen zu können. Durch die Dampfmaschine kann der Fabrikant seine Maare bedeutend billiger fertigen und billiger abliefern, als der Kleinhandwerker. Über geht die Lehrer sind es, die sich den Kapitalismus an die Hochhöhe hängen, sich als Stümmele zu benennen lassen und die Liberalen und die Conservativen in den Reichstag bringen, und so dann die schönen Gesetze machen. Im weiteren Verlauf seines Vortrages schildert Redner die Zustände der führenden Arbeiter als Sklaven und zieht einen Vergleich mit dem jetzigen freien Arbeiter, wobei er zu dem Zug kommt, daß der letztere nur ein Wesentliches, schlechter gefühlt sei. Der Sklave habe sich den Besitzer ein Vermögensobjekt dargestellt, an dessen möglichst langer Nutzung, um einen Schaden nicht zu erleiden, ihm gelegen sein mußte. Dagegen wurde auch dem lebendigen Vermögen, dem Sklaven, durchschnittlich eine gute Behandlung, zu Theil. Dagegen kümmere sich das habselige Unternehmertum nicht darum, was aus dem freien Arbeiter werde. Endgültig dem Arbeiter der Lohn nicht, so werde er entlassen, und ein Wint des Unternehmers genüge, die frei gewordene Stelle wieder zu bekleben. Am Schlus seiner mit Beifall ausgemachten Rede empfahl der Redner den Antrag an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. In der Diskussion unterstellt Herr Bösch die Ausführungen des Referenten und wurde dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung vom Vorsitzenden, Kollegen Spiegel, um 8 Uhr geschlossen.

Hersfeld. In der am Sonntag, den 28. Januar, abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung, die nur mäßig besucht war, referierte Genossen Klingenberg über Bied und Nutzen der Organisation. Nach dem beschäftigt aufgenommenen Bericht sprach die Versammlung in einer Resolution, für den Ausbau der Gewerkschaften mit allen Kräften Sorge zu tragen. Hierauf erließte Genossen Seering den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Kartells, dabei betonten, daß, wenn auch das Kartell seit der Zeit des Vorfahrens (November 1893) noch nichts Bedeutendes geteilt habe, dennoch der Verlust des Arbeiters nicht zu unterschätzen sei. Das vorgeschlagene Statut wurde ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. Zum vierten Punkte der Tagessitzung lag folgende Resolution vor:

„Das Kartell beantragt: Die Versammlung möge beschließen, die Bibliotheken der einzelnen Gewerkschaften zu einer Union zu vereinigen.“ In der Debatte, die eine recht lebhafte war, erklärte die Polizei, daß sie einfließende abnehmend verhalten würden. Der Antrag wurde dann auch gegen die Stimmen einiger Holzarbeiter angenommen. Genossen Schulz u. n. Bielefeld blieb, bei etwaigen Neubestellungen den Vertrag an Büchern und Schriften bei der Buchhandlung der „Vollswacht“, die doch tatsächlich Parteibuchhandlung sei und nicht Eigentum eines Einzelnen, zu bedenken. Hierauf wurde der Vorsitzende gegen die Versammlung aufgefordert, wurde die Versammlung gegen 8 Uhr geschlossen.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Bautzen. Hierzußt am 21. Januar stattgefunden öffentliche Maurerversammlung beschäftigte sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung beschäftigt sich mit der Abrechnung und Delegiertenauswahl zum Verbandstage. Der Kassirer erläuterte seinen Jahresbericht, wonach M. 616,25 Einnahme und 1 auf den Kollegen Schulz. Ersterer war somit gewählt.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 16. Januar, sollte die öffentliche Maurerversammlung

4719. Die Revisoren bestätigten die Abrechnung, und dem Kaiser wurde Decharge ertheilt. Im nächsten Punkt der Tagesordnung stellte Herr Weiske den Antrag, die Versammlung möge den Beschluss vom 17. September 1893 aufheben, welcher befugt, daß in jedem Quartal eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden habe, um vornehmlich Aufklärung unter den Mitgliedern im Unfallwesen zu schaffen. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Versammlung, welche schon einmal zu diesem Zwecke einberufen wurde, wegen allzu schwachen Besuches nicht habe tagen können, auch die heutige sei nicht viel besser besucht. Die Interesslosigkeit unter den Mitgliedern sei eine große. Der Antrag Weiske stand einstimmige Annahme. Nachdem Herr Röhl einige wichtige Mitteilungen über den Vertragsvertrag mit dem Berliner der freien eingeschriebenen Häuslerverein von Berlin und Umgegend zur Kenntnis der Mitglieder gebracht, woran sich eine rege Diskussion anschloß, erfolgte Schluß der Versammlung.

Niedorf. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Frankfurter Maurer "Grundstein zur Einigkeit" am 21. v. M. wurde die Abrechnung vom letzten Quartal 1893 verlesen. Dieselbe ergab eine Einnahme von M. 1890,58; die Ausgabe betrug M. 1287,49, sodaß ein Bestand von M. 143,07 verblieb.

Eingesandt.

Aufruf an die Maurer der Provinz Westpreußen!
In unserer Provinz ist die gewerkschaftliche Bewegung gegen die anderen Gegenden Deutschlands zurückgedrängt, infolgedessen sind die Verhältnisse in jeder Weise, sowohl was Leben, Arbeitszeit und Behandlung an betrifft, die schlechtesten. Eine weitere Folge ist es nun, daß die Kapitalistenschaft des Westens die billigen Arbeitskräfte von hier aus bezieht und nur zur oft die Arbeiter als Streitbrecher gebraucht, somit den Arbeiter gegen den Arbeiter verwendet.

Dieser Uebelstande abzuholzen, hat sich die überzeugte Arbeiterschaft Danziger entschlossen und zu dem Zweck ein gewerkschaftliches Agitations-Comité für die Provinz Westpreußen gegründet.

Aufgabe dieses Comités soll es sein, überall da, wo gewerkschaftliche Organisationen bestehen, diese zu fördern, sei es durch Entfernung von Reditern, d. h. Beschaffung von Schriften, und Gewährung sonstiger Hülfe, vornehmlich aber in Orten, wo noch keine gewerkschaftliche Bewegung vorhanden, eine solche in's Leben zu rufen.

Wir fordern daher alle in der gewerkschaftlichen Bewegung stehenden Freunde sowie Alle, die ein Interesse an einer solchen haben, und dieses soll ein jeder Maurer und Arbeiter besitzen, auf, sich an den Unterzeichneten zu wenden.

Es ist Zeit, daß angefangen wird an dem Werke der Verbesserung der Lage der Maurer und des Arbeiterstandes. Frisch auf an's Werk!

**Das gewerkschaftliche Agitations-Comité
für die Provinz Westpreußen.**
F. A.: Carl Rödt, Danzig, Jopengasse 43, II.

Gerichts-Chronik.

Wann und wie hat der trotz Nichtauskündigung der gesetzlichen Kündigungsfrist plötzlich entlassene Arbeiter sein Recht auf dieselbe geltend machen, um sich einen eventuellen Entschädigungsanspruch zu sichern? Diese Frage hat eine Zeit lang infolge ihrer verschwiegenen Beantwortung durch die einzelnen Kammergerichte zu den widersprüchlichsten Entscheidungen bei ganz wechselndem Thatsatz geführt. Der Kläger hätte seinen Anspruch auf die Kündigungsfrist bei der Entlassung dem Arbeitgeber gegenüber gleich geltend machen müssen; da er es nicht gethan, erfolgte seine Abstellung, begründet der Vorsitzende der einen Kammer das obweltliche Urteil derselben, hinzufügend, daß widerprüfliche ruhige Gehirn auf die Entlassung hin sei ein „stillschweigendes“ Einverständnis mit derselben und damit auch mit der R. i. C. anwendung der Kündigungsfrist. Der Vorsitzende einer anderen Kammer stützte in der Begründung des entgegengesetzten Urteils, also der Verurtheilung des Beschuldigten, beim Vorliegen des sogenannten Thatsatzes des aus, es sei gleichgültig, ob der Kläger Anspruch auf die Kündigungsfrist bei seiner Entlassung erhoben habe oder nicht. Den Entschädigungsanspruch, wenn er jederzeit innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist erheben. Sintemalen in Werksräumen und beim Betriebsrat über die Praxis des Gewerberichts debattiert und „flugschnell“ wird und die, welche auf dem Gericht zu ihm hatten, ihre Erfahrungen dort erzählen; entstanden, eine Folge der sich widersprechenden Urteile, unter den Arbeitern gegenständliche Anschauungen über die oben gestellte Frage. Man wußte nicht, sofern man sich überhaupt um das Gesetz bestimmte, woran man war. Außerdem ist nun mit Bezug auf das „stillschweigende Einverständnis“ mit der Entlassung an Stelle der widerprüchvollen eine widerprüfliche Praxis des Gerichts getreten. Und zwar zu Gunsten dieses „stillschweigenden Einverständnisses“. In allen Fällen, wodurch Kündigung nicht ausgeschlossen war, aber die Kläger ihr Recht darauf nicht gleich, d. h. bei der Entlassung und dem Weggang vom Arbeitgeber, geltend machen, erfolgte in letzter Zeit fasts ihre Abstellung. Diese übereinstimmenden Urteile sind das Ergebnis einer Konferenz der Richter, so viel Schreiber dieses gehörte hat. Es hat also jeder Arbeiter, der nicht gewillt ist, lehnen — das ist eine selbstverständlich vorzunehmen — durch ein in ihm höchst bestätigtes Kündigung und eben Entschädigungsanspruch zu verfechten, bei plötzlich erfolgender Entlassung sofort zum Arbeitgeber zu sagen: Höre mal, lieber Arbeitgeber, Du mußt mich noch 14 Tage beschäftigen, sonst fleige ich, wenn auch Dir nicht auf den Kopf, so doch auf's Gewerbericht. Und klar und deutlich, wie hier ausgedeut, muß die „Anspruchserhebung“ sein.

Der Landarbeiter „Recht auf Prügel“. (Eine Darstellung aus dem Alter des zu Berlin, Forststraße, wohnhaften, jetzt erwerbsunfähigen, früheren Schäfers Schulz.) Schulz ist seit seiner Wahl im Juni 1893 durch seinen Dienstherren auf dem Gute Choszken (Kreis Lyck) zugesetzter Misshandlung arbeitsunfähig. Alle seine Bemühungen, Befreiung des Gutsherrn (Kauerhoff) und Entschädigung zu erlangen, sind von den Gerichten abgewiesen. Wir lassen Auszüge aus den Urteilen, die für sich selbst sprechen, folgen. Das Schöfengericht zu Sensburg weist unter dem 10. Juli 1890 die Prüfung wegen

Misshandlung unter folgender Begründung ab: „Am 6. Juni 1889 wurden die Schafe auf dem Gute Choszken geschoren und bemerkte der beschlagte Gutsherr (Kauerhoff), daß einige Schafe schmug waren. Er fragte deshalb den Prüfling (Schäfer Schulz), wieviel denn eigentlich schmug seien, worauf der Prüfling in trockenem Tone (hört, hört) erwiderte, daß Wonne er nicht wissen, und noch unverkennbar maulte“ (D.). Der Beschlagte begab sich darauf in's Fach und versetzte, wie die Geheime Schreiber und Dörfel eblich befunden haben, dem Prüfling einen Stoß vor die Brust, so daß er „auf Erde taumelte.“ (Der Prüfling war damals 58 Jahre alt.) „Herrnach“, sagt das Urteil, „ist zwar für thalästisch festgestellt erachtet, daß der Beschlagte den Prüfling vornehmlich körperlich misshandelt hat. Das Schöfengericht hat indessen für ersehen erachtet, daß der Angeklagte durch das Benehmen des Prüflings, derartig gereizt war, daß er sich nicht beherrschen konnte, und ihn deshalb von der Anklage freigesprochen!“ Von einer Berufung war kein Erfolg zu erwarten. Schon weniger schrift die Staatsanwaltschaft ein, wiewohl der Schäfer ärztliche Hilfe überreichte, in denen seine Erwerbsunfähigkeit bestcheinigt wurde. Der Staatsanwalt ging von der Ansicht aus, Kauerhoff habe seinen 58jährigen Schäfer wegen ungehörlicher Vertragsgepflicht gejagt. „Falls der Schäfer infolge der Misshandlungen erwerbsunfähig geworden“ möge seine Anpflicht im Wege des Bildungsprojekts gelöst machen. Schäfer Schulz legte nur auf Schadensersatz beim Landgericht zu Lübeck (Altenzeichen 0,555 bis 91) im Armenrecht. Nach statthaftener Beweisaufnahme wurde er abgewiesen, da das Gericht einen zwingenden Beweis dafür nicht geführt erachtete, daß der zu in dem Tage der Misshandlung völlig erwerbsunfähige Kläger infolge der Misshandlungen erwerbsunfähig geworden sei; denn die Misshandlungen hätten „nur in ein paar Ohrsegen und ein paar Stößen“ bestanden, seien also „ein geringfügige Misshandlungen“ gewesen. Ob Staatsanwalt und Gericht auch dann angenommen hätten, es liege nur eine geringfügige Misshandlung vor, wenn ein 58jähriger Staatsanwalt oder Richter „nur“ mit ein paar Ohrsegen und Stößen vor die Brust traktiert wäre? Oder hätten sie dann von den zunehmenden Buchlosigkeit und Nötheit der — arbeitenden Klassen ein Gedächtnis zu lingen gehabt? Schäfer Schulz verlor infolge seiner erklärlichen Rechtskenntniß leider die Berufungskraft, so daß das obweltliche Urteil rechtstäglich geworden ist. — Das ist ein wahres Bild aus der wirklich nochlebenden Landwirtschaft.

Welchen Werth hat das Leben einer Bauarbeiterin? Der Sud a. v. lgl. Gerichtshof hat in einer fürstlich fahrenden Verhandlung den Werth des Lebens einer Bauarbeiterin festgesetzt und zwar auf 350 fl., sogeben in hundert fünfzig Gulden öster. Währung. Einem berichtigten auch Ingenieur und Baumeister, der seine „Bauten“ wie Kortenhäuser aufzählt und dem erst kürzlich wieder in einer ersten Kunstschrift ein Blason einfürzte, wurde gerichtlich und durch Zeugenzeugen erhaben nachgewiesen, daß infolge bei seinem Neubau in der Bonnagasse bei einem Schneidenaufzug verwendeten, von Feuchtigkeit verfärbten Seile ein Motorfessel herabstürzte und die dortselbst beschäftigte Tagelöhnerin Marie Krieger erflog. Obwohl in dem während der Schulverhandlung durchgeführten Beweisjahrhundert konstatiert wurde, daß der bei dem souveränen Patrizier Johann Krieger denselben öfter auf die Überhandunterschrift des verwendeten Seiles aufmerksam machte, wurde der famose Herr Bederer zu 300 fl. sein Patrizier zu 50 fl. Geldstrafe verurteilt, handelte es sich doch nur um ein Protestarbeiter; aber begierig wären wir doch, zu wissen, ob die Strafe dieselbe geblieben wäre, wenn irgend ein Bassen, z. B. ein hochwohlgeborenes Mitglied der Bourgeoisie von dem bedauernswerten Unfälle betroffen worden wäre. Aber ruhig — die Güttin Justitia ist blind.

Literarisches.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dieg. Verlag) ist soeben das 17. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Decadence. — Der Kapitalismus sin de siècle. Von Karl Rautenkranz (Forschung). — Prosenäthe. Von W. Wenckebach. — Ein Konkurrenz des Diamanten. Von Heinrich Vogel. — Nochmals zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch“ von Dr. Lüg. — Literarische Rundschau. — Notizen: Die Drucker der Magdeburger Volksstimme. Von Dr. Max Quardt. Wohlthätig ist des Feuers Wacht. Die Rolle der Mittelpflegeschaften in England. Die Kolonial-Gewinnung in Deutschland einschließlich Luxemburg. — Feuilleton: Herzweg und die Pariser deutsche Legion. I.

Bon der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterschaften (Stuttgart, F. H. W. Dieg. Verlag) ist uns soeben die Nr. 2 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor:

Zwei Arten Rothschilderer. — Madams Roland. (Fortsetzung.) — Haushaltstudien. Hölzer, I. — Österreichische Justiz. — Oleg Dein. Ohr an's Herz der Welt. Gedicht von Maurice A. v. Stein. — Feuilleton: Abu-Sassan. Ein Märchen aus dem Russischen. (Schluß.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 fl. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zettelungsliste für 1894 unter Nr. 2680) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellsiegel 55 fl.; unter Kreuzband 85 fl. Imperialpreis die zweigespaltenen Postzettel 20 fl.

Briefstellen.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevölkerung verschiedenster Vertrauensmänner die Nr. 4, 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

Die Expedition des „Grundstein“.

Alt-Gleiwitz? Der uns eingesandte Bericht erlebt, weil er keine Unterschrift trägt, das gleiche Schicksal wie alle anonymen Einfassungen: er bleibt ungedruckt.

Kästlin, G. Annonsenbetrag erhalten.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 43 994, Karl Krüger, ist zu erhalten und an den Vorstand einzurichten.

Das Mitgliedsbuch Nr. 11 229, Claus Springer, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Das Mitgliedsbuch Nr. 2957, W. Eisenth, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Die Bahnhöfe Königswberg i. Br., Verden und Neustadt haben sich ausgelöst.

Die in der neu gegründeten Bahnhöfe Nowawes gewählten Verwaltungsbüroen sind durch den Vorstand bestätigt.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 23. bis 30. Januar sind folgende Beiträge bei der Hauptstelle eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in:
Dresden. M. 200, Harburg 100, Ahrensburg 20,50,
Düsseldorf 20. Danzig 17,18, Berlin I 200. Summa
M. 567,68.

Hamburg, den 30. Januar 1894.

Z. Küster,
Vollverschreiber, Wilhelmstraße 13, I.

Anzeigen.

Abrechnung

des

Zentral-Verbandes der Stukkateure, Gipser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands

für das

vierte Quartal 1893 des zweiten Geschäftsjahrs.

Sitz: Köln am Rhein.

Gironahme.

Kassenbestand vom 8. Quartal M. 474,89

Filiale Köln.

An Einschreibebürg für 22 Mitglieder 11,-

Mitgliederbeiträgen 89,04

Filiale Hamburg.

An Einschreibebürg für 1 Mitglied 50,-

Mitgliederbeiträgen 28,05

Filiale Bremen.

An Mitgliederbeiträgen 5,45

Leipzig.

An Mitgliederbeiträgen 65,81

Einschreibebürg für 4 Mitglieder 2,-

Filiale Düsseldorf.

An Mitgliederbeiträgen 6,30

Filiale Hannover.

An Einschreibebürg für 5 Mitglieder 4,50

Mitgliederbeiträgen pro 8. Quartal 41,05

Filiale Kassel.

An Mitgliederbeiträgen pro 8. Quartal 16,-

Filiale Bremerhaven.

An Einschreibebürg für 18 Mitglieder 5,50

Mitgliederbeiträgen 7,60

Summa M. 758,20

Rückgabe.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“, 4. Quartal. M. 185,-

Initiation 28,55

Postabonnement „Borwarts“, 4. Quartal 6,70

Unterführung für 2 gemäßigten Kollegen bei der Spedition über die Firma Wohlfahrt, Köln.

Stempel und Zubehör für Filiale Hagen, Bremen, haben und Posen 45,-

Porto und Schreibstoff 12,-

Reiseunterführung, ausgetragen Filiale Köln 10,10

Hamburg 2,25

Leipzig 1,50

Düsseldorf 2,-

Hannover 2,25

Abzug vom Porto bei Geldsendungen 8,-

Für Revision dieser Abrechnung 5,-

Summa M. 299,15

Wialenz.

Gesamt-Einnahme M. 758,20

Gesamt-Ausgabe 299,15

Kassenbestand M. 459,05

Peter Trimborn, Martinshof 20.

Für die Mächtigkeit vorstehender Abrechnung treten ein:

Köln, 28. Januar 1894. Die Revisoren:

Johann Seithmann, Düsseldorf.

N.B. Folgende Städte haben nicht abgerechnet: Gera, Mainz, Hannover und Kassel.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhöfe Schwedt o. d. Oder.

Achtung!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 11. Februar

in der Auguststraße 8, Versammlung stattfindet.

[M. 1,85] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Krankenkasse, der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Eingeschriebene Hässkasse Nr. 7. Sitz: Altona.

In der Woche vom 21. bis 27. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung, in Hagen i. W. M. 60, Mainz 66,02, Summa M. 116,02.

Büschüsse erhielten: Braunschweig M. 800, Bremen 59,50, Harburg 800, Geislingen 50, Stuttgart 200, Lutter a. A. 50, Nürnberg 150, Übersee 150, Schweißweller 100, Striesen 200, Neumünster 100, Weissenfels 100, Münden i. Hann. 100, Frankensteine 100, Hösbach 50, Dresden 200, Charlottenburg 400, Böhl 75, Böckingen 100, Burgdorf 50, Fahr i. B. 150, Görlitz 70, Böhl 100, Köln a. Rh. 200, Freiburg i. B. 250, Görlitz 98, Böhl 50, Heidelberg 100, Zwiedau 75, Mainz 98, Summa M. 442,50.

Altona, den 27. Januar 1894.

C. Reich, erster Hauptkassierer, Friedrichsstraße 28.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Wandbörse.

General-Versammlung

am Dienstag, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, in der Centralherberge.

Tagesordnung:

1. Abrechnung.
2. Wahl der örtlichen Verwaltung.
- Das Erstehen aller ist nothwendig.

[M. 1,95] Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Bielefeld.

Den Mitgliedern der hiesigen Bahnhofstele zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 11. Februar, unsere diesjährige

General-Versammlung

stattfindet. Der wichtigen Tagesordnung halber wird daher jedes Mitglied erachtet, pünktlich zu erscheinen. Auch werden die Mitglieder erachtet, die künstlerischen Bücher zu dieser Versammlung mitzubringen.

[M. 2,10] Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Harburg.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, bei Herrn Lamprecht, Krampp.

Tagesordnung:

Bericht der örtlichen Verwaltung über ihre Thätigkeit im verflossenen Jahre und Neuwahl derselben.

[M. 1,80] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Heide.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 4. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Das Erstehen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig.

[M. 1,85] H. Blücher, Bevollmächtigter.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Kiel.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, auf der Maurerherberge.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbuch des Vorstandes.
2. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden erachtet, recht zähstreich zu erscheinen.

Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Nendenburg.

Kollegen! Am Dienstag, den 6. Februar findet unsere regelmäßige

Mitglieder-Versammlung

samt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erstehen sämtlicher Mitglieder nothwendig.

[M. 1,80] Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Bünde.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 4. Februar 1894, bei Kunstmännern, Kellingen.

Das Erstehen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig.

[M. 1,85] Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Bremen.

Mitglieder-Versammlung

am 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der örtlichen Verwaltung.
2. Rassenbericht.
3. Verschiedenes.

NB. Die Mitglieder werden erachtet, ihren Verpflichtungen in Betreff der Beiträge nachzukommen.

[M. 2,40]

Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Bahnhofstele Bremen.

Am 6. Februar findet die Wahl der örtlichen Verwaltung statt, wie ersuchen die Mitglieder, hierzu doch zu erscheinen.

[M. 1,05]

Die örtliche Verwaltung.

Nordernoth.

Sämtliche Mitglieder werden erachtet, am Mittwoch, den 7. Februar, zur Versammlung zu kommen, weil die Neuwahl der örtlichen Verwaltung stattfindet.

[M. 0,40]

Der Bevollmächtigte.

Maurerkund München.

Die Reiseunterstützung wird von dem Unterzeichneten ausbezahlt für den Zeit von 6 bis 7 Uhr Abends (nur Werktag).

[75 4]

Hochsteller, Hohenzollernstr. 44, 3. St.

Volks-Lexikon.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von Emanuel Burm.

Im Verlage von Wörlein & Comp., Nürnberg.

erscheint Anfang März:

Volks-Lexikon.

Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von Emanuel Burm.

60 Hefte à 8 Bogen in 14-tägigen Lieferungen à 20 Pf.

Den großen Volkslexikon, welche nicht höhere Schulen besucht haben und daher allgemein verständlich sind, erläutern beamten müssen, bietet das Volks-Lexikon ein sorgfältig zusammengestelltes Nachschlagewerk für alle Gebiete des Besitzens und berufstätig befindlicher Arbeitnehmer (Betriebsordnung, Gewerbeordnungen, Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, Gefindeordnungen), Handels-, wissenschaftl. (Schulbildung, Rechtsrecht, Handelsgesetze), Gesundheitspflege (Naturheilkunde) und

Sozial-Politik,

ihre Theorien und Geschichte, ferner die politischen Parteien und die Sozialstatistik, so daß ein gemeinverständliches, geschicktes Staatslexikon geboten wird. Außerdem enthält es ein vollständiges Werkebuch. Dieser reichhaltige Inhalt des Volks-Lexikons wird durch das gegen 60 000 Stichworte umfassende Generalregister so zugänglich gemacht, daß das Volks-Lexikon ein bequemes Nachschlagebuch für die vielen Laufenden von Einzelfragen, während es zugleich durch die Anordnung des Inhalts ein Leitbuch ist, das den Leser nicht alphabetisch zerstreut, sondern in zusammenhängender klarer Übersicht bietet.

!! Probehefte erscheinen am 1. März!!

Veranstaltungs-Anzeiger

für die Mitglieder

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc.

München, 11. Februar, Morgens 11 Uhr, bei Formanns, Markt 27, Krempehöfe, 1. Et. Jeden Sonntag nach dem 1. im Monat, Abends 3 Uhr, bis 10 Uhr, ab dem 15. im Monat, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Alt-Silente, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.

Wittelsbach, Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat, Abends 3 Uhr, bei Formanns, Markt 27, 4 Uhr, in der Centralherberge.